Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt".

Nr. 213. | Donnerstag, den 13. September 1906. | 17. Jahrgang.

Kapital und Presse.

Wenn man das Nachrichtenwesen aller Zeiten kritisch in seiner historischen Folge durchmustert und besonders alle Momente der jeweiligen Machtverhältnisse daran messen will, so drängen sich uns zweierlei Beobachtungen auf, oft nackt und klar, oft von einem verschleiernden Mantel umhüllt. Es ist zunächst die Erkenntnis, daß das Nachrichtenwesen in engstem Zusammenhange mit den gleichzeitigen ökonomischen Zuständen steht und ohne diese in seiner Grundorganisation nicht zu verstehen ist. Vor allem aber sehen wir, wie es immer der jeweilig herrschenden Klasse als wirkungsvoller Ausdruck ihrer Gewalt gedient [illegible] jener „organisierten Machtmittel", die darniedergehaltenen Schichten auszubeuten und deren eigentliche Stärke ihnen so lange als möglich nicht zum Bewußtsein kommen zu lassen.

Und diesen Grundkern finden wir überall — bei der **acta diurnia** zur Zeit Cäsars und Tiberius —, nicht minder bei den „gazetten, die nicht genieret sein sollen" zur Zeit Friedrichs „des Großen", zur Zeit Napoleons des Ersten, der es meisterhaft verstand, sich durch die Presse den Nimbus des „Volkskaisers" zu bewahren.

Als dann im Laufe des 19. Jahrhunderts die kapitalistische Produktionsweise allmählich zum Siege gelangte und mit ihr die Konstitution, als der Kapitalismus alles revolutionierte, zur Ware stempelte, und ideale Werte fortschreitend in materielle umkehrte, da trat auch die Zeitung in seinen Dienst. Und sie dient ihm heute nicht nur zur Verteidigung kapitalistischer Interessen, zum Ausdruck ihrer Macht und der mit jenen immer intensiver verquickten öffentlichen Gewalt, sondern auch durchgängig als ein Mittel, selbst Geld mit ihr zu machen. Die Presse ist zum Erwerbsmittel geworden, zu einer Ware, wie Petroleum, Seife, Kohle, und der Verleger ordnet das „Organ der öffentlichen Meinung" seinem Profitinteresse unter; der Uebergang an politische Parteien, an den Staat ꝛc. vollzieht sich wie ein nacktes Kaufgeschäft. Zugleich wird dem Zeitungsunternehmer oder Verleger der Kulturinhalt der Zeitung immer gleichgiltiger und kommt nur insofern in Frage, als er mit den Gewinnchancen im Einklange steht. Der Redaktionsstab, der der „Allgemeinheit" dienen will, wird in Wahrheit mehr und mehr der Angestellte einer bestimmten kapitalistischen Interessenklique, die ihr Geld in „öffentlicher Meinung" anlegt und auf Verzinsung harrt, die mindestens so respektabel ausfallen muß, als in andern Unternehmen. Diese Degradation des Journalisten und seine Abhängigkeit macht auch seine Gesinnung wachsend zu einer Ware, die man dem Meistbietenden hingibt und die sich dem Geschäftsinteresse der über ihm Stehenden anschmiegt. Damit war zugleich auch der Preßkorruption, der Bestechlichkeit der Redakteure Tor und Tür geöffnet.

Nur ein paar recht bezeichnende Geschichtlein mögen das Gesagte illustrieren. — Vor 15 Jahren war's, als ein Herr Kommerzienrat Abel aus Stettin anläßlich der Börsen-Enquete mit einer ruhigen Selbstverständlichkeit erzählte, daß eine Beteiligung der Banken an der Presse allgemein üblich sei und alle halbe Jahre enorme Summen als „Gratifikation" ausgeteilt werden. In der Tat stellte später die Börsenkommission bei Beratung der Börsengesetze ein ganzes Bestechungssystem fest. In der Gründerzeit der 70er und 80er Jahre war es in Berlin jedem Eingeweihten bekannt, daß die Handelsredakteure bei heute noch s e h r angesehenen Blättern ein formelles Gehalt von 75 Mark bekamen, unter dem unzweideutigen Hinweis auf die Einkünfte von „anderer Seite". Und damals waren auch die Berliner Zeitungen voll von Reklame-Inseraten für gewisse Unternehmungen, von phantastischen Berichten über all die Neugründungen; — den Herren Redakteuren wurden „Ehrenanteile" an den Aktien ꝛc. in die stets offene Hand gedrückt. Die kleineren und Provinzblätter wollten an dieser lukullischen Tafel mitessen, druckten die Gründerprojekte usw. ohne jeden Auftrag ab und legten dann ihre nicht zu knappen Rechnungen vor, die stets glatt honoriert wurden. In Frankreich war's womöglich noch schlimmer. Hochangesehene kirchliche Blätter verpachteten einfach den volkswirtschaftlichen Teil an irgend einen Börsenjobber wie ein Landgut, und der konnte nun ganz beliebig Nachrichten bringen.

Selbst der biedere „Figaro" hatte dieses Pachtsystem bis vor ganz wenigen Jahren eingehalten; man zahlte ganz enorme Summen für diese ausgezeichnete Kapitalanlage. Und eine besonders pikante Mär berichtet von dem Klubhaus des „Vereins Berliner Journalisten", daß dessen Einrichtung, Möbel, sogar der — Fahrstuhl von großen Berliner Banken geliefert wurde! Alles natürlich nur aus idealster Herzensfreundschaft, etwa wie zwischen Fischer-Tippelskirch und dem „Leipziger Tageblatt", den „Leipziger Neuesten Nachrichten" Ehren-Limans einerseits und der Leipziger Bank, der berühmten Kasseler Trebertrocknungs-Gesellschaft auf der anderen Seite, denn jene brachten — reiner Zufall! — auch nicht e i n e Z e i l e von allen den dunklen Gerüchten, die schon längst vor dem Zusammenbruch im Krisenjahre 1901 über jene beiden famosen Unternehmen in anderen Blättern warnend auftauchten.

Und so fort mit Grazie! Der korrumpierende Einfluß des Industrie- und Handelskapitels ist aber in diesem Zusammenhange allein noch nicht ausschlaggebend für diese eigentümliche Situation des bürgerlichen Zeitungswesens. Beinahe in noch größerer Reinheit zeigt sich hier das kapitalistische Prinzip im Annoncenwesen, diesem Produkt der modernen Arbeitsteilung, das Arbeit und Kraft erspart, indem es dem Angebot und der Nachfrage Bedarfsdeckung anzeigt und der kapitalistischen Produktivkraft immer neue Anregung gibt.

Durch die Annonce verkauft gewissermaßen der Zeitungsunternehmer den Leserkreis an den Inserenten. Und dieses Verkaufsgeschäft gibt die materielle Grundlage für die Existenz und Rentabilität des Zeitungsunternehmens überhaupt. Denn man hat es sich heute längst an den Schuhsohlen abgelaufen, daß der Abonnementspreis kaum ein Viertel all der Unkosten einer modernen Zeitung deckt und mit 15 bis 20 Pfennig pro Woche kaum Papier und Druckerschwärze bezahlt sind.

Diese Abhängigkeit vom Inserentenkreise wirkt natürlich intensiv auf die politische Haltung des Verlegers und damit seiner Redakteure zurück. Auf dieser Basis war auch erst die Existenz der sogenannten „unparteiischen" Presse, der „Inseratenplantagen", möglich, die den Mantel nach dem Winde dreht, um nirgends Anstoß zu erregen. Und jener merkwürdige Dualismus ist dann zu beobachten: Nicht nur für den Abonnenten, sondern auch für den Inserenten muß Politik gemacht werden. Die Folge davon ist jene immer zunehmende Vermischung zwischen privatem und öffentlichem Interesse, die enge Verquickung zwischen Redaktion und Expedition, die das Wahrzeichen einer gewissen Presse bildet.

Man nehme nur einmal den Katalog der bekannten Annoncen-Expedition Haasenstein u. Vogler zur Hand und sehe sich — wir greifen dies Beispiel ganz wahllos heraus — die Annoncentarife einiger Wiener „demokratischer" Blätter an. Der Normalpreis pro Spalte auf einer „gewöhnlichen" Annoncenseite kostet zum Beispiel 10 Heller, — dann aber gibt es hundert Variationen nach der Wichtigkeit der Seite und bei Einschiebung in den redaktionellen Teil; Reklame als „Mitteilung aus dem Publikum" oder als „Eingesandt" kostet pro Zeile 2—3 Kronen, und für eine Reklamenotiz unter „Hof- und Personalnachrichten" hat man 100 Kronen für die Zeile (!) zu zahlen!

Derartige Blätter m ü s s e n dann natürlich überall und nach allen Seiten Verbeugungen machen; die Prinzipienlosigkeit wird zum Prinzip, die „Objektivität" zu unsäglicher Nüchternheit, der man auf der anderen Seite durch Ueberspannung des Aktualitätsprinzips, Sensationen und Illustrationen abzuhelfen glaubt. Als im vorigen Jahre der bekannte Berliner Großkaufmann Israel unter mysteriösen Umständen Selbstmord verübte — der § 175 des Strafgesetzbuches soll in Frage gekommen sein — da brachte die gesamte Berliner liberale Presse, wie Harden in der „Zukunft" aufdeckte, auch nicht ein Sterbenswörtchen von dieser Angelegenheit, — dieselbe Presse, die sonst jedes Sensatiönchen breittritt und ausweidet. Es wäre freilich auch gar zu schade um die fetten Inserate eines solch bedeutenden Handelshauses gewesen, die man sonst verloren hätte. . . .

Derlei Beispiele ließen sich um Dutzende vermehren. Sie sollen nur unsere Behauptung belegen, daß diese Zustände in der herrschenden kapitalistischen Presse nicht nur auf Zufallserscheinungen hindeuten, daß es sich nicht

---

Das Weiberdorf.

Roman aus der Eifel von Clara Viebig.

1] [Nachdruck verboten.]

I.

Trapp, trapp — hart klingen die Schritte auf der steinigen Landstraße. Männer, ein ganzer Trupp! Und nun noch ein Trupp und etwas weiter zurück kommt noch ein dritter. Männer mit Schweiß auf den Stirnen, mit Staub auf den Stiefeln, mit der ganzen Glut des frühen Sommers und des hastigen Wanderns auf den geröteten Gesichtern. Jeder trägt sein Bündel am Stecken über der Schulter, paarweise schleppen sie auch ein Köfferchen; alle haben sie die Taschen der städtischen Sonntagsröcke vollgestopft zum Platzen.

Nun halten sie an auf der Höhe von Schwarzenborn und verschnaufen.

Da unten liegt das Salmtal, schmal und grün und lieblich. Die klare Salm schlängelt sich als Silberband; dort, an der letzten Krümmung, ragen die Ruinen von Kloster Himmerod, schon verschleiert vom Abendduft, und da, dicht zu Füßen, scheinbar mit einem Steinwurf zu erreichen, Eifelschmitt! Daheim, daheim!

Ein froher Schein glitt über die heißen Gesichter, ein tiefer Atemzug hob jedem der Wanderer die Brust unter dem zerknüllten Hemd. Da wurden rasch die Hüte vom Kopf gerissen und geschwenkt. „Hurra! Helo! Derhäm!"

Der jüngsten einer, der schlanke Kerl mit dem Feldblumensträußchen am Strohhut, fing ein Lied an; er schmetterte aus Leibeskräften, sein starker, etwas kratziger Tenor zitterte in mächtigen Schallwellen über die Bergrücken. Unten im Tal erwachte ein Echo. Das machte ihm Vergnügen; er hielt den einen Ton an, gleich stark, endlos, die Bänder am Halse schwollen ihm, sein Gesicht wurde blaurot, die Augen quollen ihm vor — immer noch!

Die anderen bewunderten ihn: „Dän kann et!"

Immer noch — da knacks, der Ton brach ab! In gekränkter Eitelkeit versuchte der Bursche noch einmal, aber die Stimme gehorchte nicht mehr.

„En Krümmel in der Tröt, saon se lao unnen zu Cöllen. Haha, en Krümmel in der Tröt!" Die Männer lachten.

Der Sänger wurde zornesrot und räusperte sich gewaltsam.

„Looß sin," sagte begütigend einer der älteren und klatschte ihn freundschaftlich auf die Schulter. „Hal dei Maul, Jong! Sei net e su bubbsierzig*), de Stimm kann mer net kommandieren, se es ken Maschien on ken Framensch." Und dann augenzwinkernd: „Wat maanste, Lorenz, ob Lenzen Bäbb heit awend besser pariert?"

*) eigensinnig.

„Dat Bäbbchen?!" Lorenz zeigte, schnell getröstet, die tadellosen Zahnreihen. „Et gitt gäckig vor Freid. Se maanen all, mir kommen erscht morjen." Er patschte sich auf die Lenden. „Helao, dat gitt ebbes! Seit Weihnachten en halw Jaohr ohne Schatz gesäß! Dat es net pläsierlich."

„Nä, nä, dat es et aach net!" Eine gewisse Rührung bemächtigte sich ihrer sämtlich; ein jeder dachte an die, die an seiner Brust liegen würde. Die Ehemänner dachten an ihre Frauen, die Ledigen an die Mädchen, die sie beim letzten Besuch zu Weihnachten am heißesten geküßt, heiß geküßt im kalten Schnee. Und jetzt war Sommer — die hatten lange fasten müssen!

„Dat gitt en Freid!" Man warf sich in die Brust, man brachte ja das Glück. Schnell noch einen Blick hinunter ins dämmernde Tal. Da warteten die Hütten im milden Abendlicht, leichter Rauch kräuselte sich vom heimischen Herd. Da träumten die Wiesen, und die Büsche am Waldsaum lockten mit verschwiegenem Dunkel.

Es schwebte etwas herauf, es kam mit dem Wind und flüsterte im Gras; die Luft koste leise und weich, Nebelstreifen wie winkende Brautschleier stiegen aus dem Grund am Bach, Bäume streckten verlangende Arme aus. Jetzt — hier — da — dort glomm ein Lichtchen auf! Blasse Sterne, sehnsüchtige Augen in einsamer Kammer.

Niemand mehr auf dem abschüssigen Ackerchen. Alles still, wie begraben.

„Häh! Halloah! Gieht noch net schlaofen, ewell sein mir elao! Halloah — — — oa — — oah — —!" Einer da oben hielt die hohlen Hände vor den Mund und tutete hinein, dann warf er lustig sein Bündel in die Höh. „Lorenz, Josef, Mathesen, Hanni! Wän es dän erschten unnen? Hopp! Bonz unnen, Bonz owen*) voran gemaach!"

Wie Pfeile schossen die Burschen bergunter, sie verschmähten die vielfach gewundene Fahrstraße, auf steilen Richtwegen schnitten sie die Serpentinen ab; polternd, prasselnd stürzte ihnen loses Geröll nach. Auch die gesetzteren Männer eilten sich, eine plötzliche Ungeduld hatte sie alle ergriffen, das Blut floß nicht mehr träge in den Adern, es kreiste unruhig und stieg ihnen zu Kopf.

Heller und heller flimmerten unten die Lichtchen, sie warfen einen trauten Schein aus den engen Kammerfenstern. Voran, voran! Süße Vogelstimmen piepten im Nest. Voran, quer durch's Brombeergestrüpp! Da saß schon eine weiße Hauskatze auf der Mauer, sie sprang nicht fort, sondern stieß den sammetweichen Kopf schnurrend gegen die streichelnden Hände. Aber weiter — die warteten!

*) Kopf über, Kopf unter.

Der Berghang wimmelte von dunklen kletternden Gestalten. Nun kam der letzte Absatz, man rutschte, man glitt, man sprang — nun lag das Dorf ganz nah, melodisch tönte das „Muh" einer Kuh, ein sehnsüchtig langgezogener Liebesschrei.

Noch atemlos, begann Lorenz zu schmettern, da war keiner, der nicht mit einstimmte:

„Kommen wir in dieser Nacht,
Fein Liebchen, fein!
Seid ihr tot oder lebt ihr noch,
Fein Liebchen, fein?" — — —

Da war schon das erste Haus.

„Will das Mädchen net obstahn,
Fein Liebchen, fein!
So wollen wir's in die Blotz drohn*)
Fein Liebchen, fein!" — — —

Immer lauter wurde der Gesang, er schwoll an und wuchs und drängte:

„Will das Mädchen sich net tummeln,
Wollen wir die Tür auftrummeln" — — —

Horch! Ein heller Schrei: „Jesses, die Mannsleit!"

Die Tür des ersten Hauses war aufgeflogen, ein Weib in Unterrock und halb geöffneter Taille stürzte heraus, mit einem Satz stand sie mitten unter den Männern, wild sah sie sich um — wieder ein Aufkreischen — da, sie stürzte dem einen an den Hals.

„Jesses, Hubert, lao biste! Komm erein, Mahn, komm erein! Ech haon uf dech gelauert! Dag on Naacht, onsen Häbrgott waaß et. Gelowt sei de Jongfra Maria!" Sie bekreuzte sich und ihn. „Könner, Könner" — schon sprang sie wieder zur Tür — „Könner, dän Vadder es elao!" Sie zog ihren Mann hinter sich drein, kaum daß sie ihm Zeit ließ, den Kameraden zuzunicken; sie hielt ihn so fest am Aermel, als fürchte sie, ihn gleich wieder zu verlieren. Die Frau mit dem schon faltigen Gesicht, mit dem schlaffen Busen, und den Zahnlücken, zeigte die Glut einer Zwanzigjährigen.

„Se sein hei, se sein hei!" Nur dieser eine Ruf und alle Häuser waren plötzlich belebt, alle Fenster hell, alle Türen geöffnet. Kinder, in Hemden und barfüßig, wie sie aus dem Bett gesprungen, standen auf der Schwelle; Frauen und Mädchen eilten auf die Gasse. Der weiche Sommer-Nachtwind spielte mit ihrem halbgelösten Haar und den hastig übergeworfenen Kleidern. Laternen tauchten auf vor den Ställen, in den Höfen, im Wirtshaus wurden alle Lampen angezündet; Peter Krummscheid stieg eilig in den Keller und stach ein Faß an. Die Straße wimmelte von Menschen, wie mit Zauberschlag waren sie alle erschienen, alle [illegible] Ankömmlinge. Das war ein Gesumm, ein Lachen, ein Geschrei. „Se sein hei, se sein hei!"

(Fortsetzung folgt.)

*) In die Blöße werfen.

nur um eine Herde ganz zufällig persönlich verkommener Soldschreiber handelt, um die Gesinnungslosigkeit individuell auftretenden Schmocktums. Wir haben es vielmehr mit Typen zu tun, die von der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung, auf deren Boden sie unentwegt stehen, für die Vertretung ihrer Prinzipien ihren Lohn erhalten. In dem gewaltigen System der kapitalistischen Arbeitsteilung sind sie nur ein Glied. Die Massenmoral des Kapitalismus ist bei ihnen Einzelmoral geworden.

Unter diesem individuell milderen Lichte muß man all die Ehrenmänner vom Schlage eines freihändlerisch-schutzzöllnerischen, englandfreundlich-englandfeindlichen, semitisch-antisemitischen, agrarisch-liberalen Liman betrachten. Ihre Wesenheit nimmt immer mehr Aehnlichkeit mit einem kaufmännischen Korrespondenten an, der mit jeder neuen Stellung neue Geschäftsprinzipien zu vertreten hat.

Damit ist zugleich auch der Standpunkt gegeben, die wir den persönlichen Korrumptionen und Bestechungen in der bürgerlichen Presse gegenüber einzunehmen haben. Die Bestecherin ist am letzten Ende die gesamte privatkapitalistische Gesellschaftsordnung, die gemäß der von ihr geschaffenen Moral in der Bourgeoisie auch immer Leute findet, die sich von ihr kaufen lassen. Und wie wir sonst im Leben nicht in dem Bestochenen den Grundübeltäter sehen, nicht bei ihm die eigentliche Urheberschaft suchen, so sehen wir auch hier unter diesem weiteren Gesichtspunkte unsere heutige Produktionsweise allgemein als Veranlasserin. Womit wir zugleich auch wieder bei der nicht oft genug zu wiederholenden Binsenwahrheit angelangt sind: daß sich unser Kampf immer und in erster Linie gegen die bestehende privatkapitalistische Wirtschaftsweise zu richten hat, mit der all die sozialen Mißstände und Fäulniserscheinungen stehen und vergehen. gb.

Politische Uebersicht.

Ueber die Reform des Strafprozesses

erstattete auf der in Frankfurt a. M. eröffneten Tagung der deutschen Gruppen des internationalen Kriminalisten-Kongresses der bekannte Strafrechtspraktiker Dr. Aschrott ein sehr interessantes Referat. Als einzigen größeren Gesichtspunkt, der in den Protokollen der Strafprozeßkommission enthalten sei, bezeichnete Dr. Aschrott die Feststellung, daß zur Zeit unser Strafvollzug das erforderliche Vertrauen des Volkes nicht besitze. Nach seinen Eindrücken sei er leider nicht zu der Erkenntnis gekommen, daß das Vertrauen zur Strafpflege in ganz besonders hohem Maße in Preußen vorhanden sei. Vor allem liege das an der Zusammensetzung der Strafkammern und an dem Vorhandensein zahlreicher Assessoren als Richter in den Strafkammern. Redner verlangt eine Reform und eine Einschränkung des Legalitätsprinzips und trug in dieser Beziehung folgende Sätze vor: Die Leitung des Vorverfahrens ist ausschließlich in die Hände der Staatsanwaltschaft zu legen und die gerichtliche Voruntersuchung ganz zu beseitigen. 2. Die von der Staatsanwaltschaft oder deren Hilfsorganen angestellten Ermittelungen und aufgenommenen Protokolle dienen zur Information der Anklagebehörden. Sie bleiben daher geheim und dürfen dem Gericht nicht vorgelegt werden. Weiter erhebt er die Forderung, daß überall eine geschulte Kriminalpolizei zu errichten sei, und daß die Staatsanwaltschaft die Herrschaft darüber besitzen müsse. Er halte die Ausstattung der Staatsanwaltschaft mit einer geschulten Kriminalpolizei für unbedingt notwendig, wenn man zu einer Reform gelangen wolle. Redner wendet sich sodann zum Schluß der Reform der Untersuchungshaft zu. Im wesentlichen würden besonders drei Vorwürfe dabei erhoben werden: 1. die Untersuchungshaft trete zu häufig ein, 2. ihre Dauer sei vielfach von einer unberechtigten Länge, 3. es fehle an genügendem Schutz des Angeschuldigten gegenüber ungerechtfertigten Verhaftungen. Dieser Schritt sei um so notwendiger, als der Angeschuldigte durch Entziehung der Freiheit in der Möglichkeit der Verteidigung beschränkt wird. Diesen Punkt halte er für den wichtigsten. Die Reformkommission habe ihn leider ganz unbeachtet gelassen. Er empfiehlt demgegenüber eine Umgestaltung des bisherigen Verfahrens in Haftsachen zum Schutze des Angeschuldigten wegen des schweren Eingriffs in die persönliche Freiheit.

Die Erweiterung der Befugnisse der Staatsanwaltschaft ist im höchsten Grade bedenklich. Schon jetzt steht dem Staatsanwalt eine Machtvollkommenheit zu, die ihm den Angeklagten so ziemlich auf Gnade und Ungnade überliefert, namentlich aber dann, wenn der Angeklagte selbst unbeholfen ist und sich einen Verteidiger nicht nehmen kann. Warum soll überhaupt an der Staatsanwaltschaft, an dem System des berufsmäßigen Anklägers festgehalten werden? In England zum Beispiel kennt man eine Staatsanwaltschaft nicht. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß die englische Rechtsprechung vielleicht unzuverlässig wäre, wohl aber ist sie von modernem Geist getragen. Wesentlich beeinträchtigt wird unsere Strafrechtspflege durch den Assessorismus. Kommt es doch vor, daß in einer Strafkammer gleich drei Assessoren neben einem einzigen Landgerichtsrat und dem Direktor sitzen. Der Direktor hat die ihm unterstellten Assessoren zu qualifizieren, sie sind auf sein Wohlwollen angewiesen und deshalb steht ihre Selbständigkeit nur auf dem Papier. Gewiß kommt es auch vor, daß ein Assessor dem Vorsitzenden einmal scharf entgegentritt, das sind aber Ausnahmen. In den meisten Fällen werden sich die Assessoren der Ansicht des Vorsitzenden anschließen, die sie während der Verhandlung genügend kennen lernen konnten. Die massenhafte Verwendung der Assessoren hat ihren Grund in der Sparsamkeit der Justizverwaltung; um die Gehälter für Räte zu sparen, verwendet man die ungleich billigeren Assessoren und macht damit den Strafkammer-Vorsitzenden zu der ausschlaggebenden Person. Prinzip müßte es sein, Strafkammern nur mit Landgerichtsräten zu besetzen, so wie das zum Beispiel in Bayern der Fall ist, wo man den Begriff Gerichtsassessoren überhaupt nicht kennt. Daß man sich in Preußen zu einer solchen Aenderung herbeiläßt, ist freilich nicht zu erwarten, denn man kennt hier den Wert schneidiger Strafkammervorsitzenden noch aus den Zeiten Bismarckscher Wetter her viel zu gut, und den Vorschriften der Strafprozeßordnung ist genügt, wenn die genügende Anzahl Assessoren da ist, um die Strafkammern ausreichend zu besetzen. Das Vertrauen zur Justiz allerdings wächst dadurch nicht. — Die Auffassung des Staatsanwalts vertrat Staatsanwalt Eisenberger-Bochum. Er will das Institut des Untersuchungsrichters beseitigt wissen, ebenso wie die nicht juristisch vorgebildeten Amtsanwälte. Das Richterpersonal für die Strafrechtspflege müsse sorgfältig ausgewählt werden, deshalb aber müsse man entschieden gegen die neuerdings immer lebhafter auftretende Forderung Einspruch erheben, aus den unteren, mangelhaft gebildeten Schichten Schöffen zu entnehmen. Man spreche so viel vom weltfremden Richertum und da wolle man zu Richtern über Leib, Leben, Ehre und Freiheit Elemente nehmen, welche die Welt nur in einem ganz engen Gesichtskreis sehen und infolge ihrer mangelhaften Bildung parteipolitischen Einflüssen gegenüber nicht widerstandsfähig sind. Der Staatsanwalt habe eine sehr diffizile Stellung. Ueberall begegne man ihm mit Mißtrauen und verlange, daß er sich von aller politischen Betätigung fernhalte. Die Meinung aller anderen Juristenkreise, der Richter, der Rechtsanwälte, der Verwaltungsbeamten, werde im Parlament gehört, nur die Staatsanwaltschaft solle nicht vertreten. Deshalb sei es Pflicht eines Staatsanwaltes gewesen, bei einer passenden Gelegenheit das Wort zu ergreifen, um den Standpunkt des Staatsanwalts zur Strafprozeßreform zu wahren.

Es wäre höchst bedauerlich, wenn alle Staatsanwälte die Auffassung des Herrn Eisenberger-Bochum teilen wollten. Er hat einfach für seine Person dort gesprochen. Mit den unteren, mangelhaft gebildeten Schichten, kann er nach Lage der Sache nur die Arbeiterklasse gemeint haben. Darauf deutet auch seine Bemerkung hin, daß diese Schichten parteipolitischen Einflüssen sich nicht entziehen können. Darin kommt ohne Zweifel die Befürchtung zum Ausdruck, daß Sozialdemokraten an der Rechtsprechung beteiligt werden könnten, und darin erblickt der Staatsanwalt eine Gefahr für die Objektivität der Rechtsprechung. Ohne auf die darin liegende beleidigende Unterstellung näher eingehen zu wollen, sei nur bemerkt, daß von völlig einwandfreier Seite anerkannt wurde, daß zum Beispiel die sozialdemokratischen Beisitzer bei den Gewerbegerichten sich nie von parteipolitischen Erwägungen haben leiten lassen. Bei den Strafgerichten steht der Arbeiter Richtern gegenüber, die seine Klassengegner sind; er soll ihnen Vertrauen entgegenbringen, wiewohl diese Kreise von dem proletarischen Existenzkampf unmöglich eine klare Vorstellung haben können. Der Staatsanwalt aber wird sofort von Mißtrauen befallen, sobald Personen aus dieser sozialen Schicht zur Mitwirkung bei der Rechtsprechung berufen werden sollen. Herr Eisenberger mag sich beruhigen, der Gesichtskreis des denkenden Arbeiters ist weiter, als der Gesichtskreis vieler Juristen, für die nur das existiert, was aktenmäßig belegt ist. — Die Justiz ist ein Mittel der herrschenden Klasse, an der „göttlichen Weltordnung" nicht rütteln zu lassen, die herrschende Klasse läßt sich diese Waffe auch nicht so leicht aus der Hand nehmen. Deshalb dürfen wir auch vom Klassenstaat nie und nimmermehr erwarten, daß er eine Strafrechtspflege schafft, der das Volk volles Vertrauen schenken könnte.

Papst und Kardinal als preußische Parlamentsbeleidiger.

Zu den Parteien, die für die Verfolgung der sozialdemokratischen Redakteure wegen Beleidigung des preußischen Abgeordnetenhauses stimmten, hat bekanntlich auch das Zentrum gehört. Die Zentrumsfraktion des ansehensten Parlaments der Welt schwärmt in akademischen Erklärungen für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, zugleich aber hilft sie denen, die im Kampfe um dieses Recht ein offenes Wort zu sprechen wagen, den Knebel noch tiefer in den Schlund zu stoßen. Wie das zugeht, hat man ja aus den Briefen des Grafen Strachwitz erfahren: sie haben den Beweis dafür geliefert, daß wie jede bürgerliche Partei auch das Zentrum in der Luft des Dreiklassenwahlrechts doppelt verlumpt. Seine ohnhin kränkliche Moral verfällt in dieser dunklen ungesunden Wohnung völlig der Schwindsucht.

Die Herren, die Arm in Arm mit den Nationalliberalen und dem Staatsanwalt die sozialdemokratischen Wahlrechtskämpfer in die Schranken forderten, vergaßen ganz, daß sie selbst oder ihre Vorgänger einst gegen eine gleich würdige Koalition im Kampfe standen. Das war Anfangs der siebziger Jahre, als die Polizeifaust Bismarcks schwer auf der katholischen Kirche lag, und das preußische Abgeordnetenhaus „in seiner Knechtsgestalt" — so schrieb Majunke in der „Germania" — der Regierung alle gewünschten Zwangsgesetze wider die Kirche, wie Windthorst sagte, „apportierte". Damals regnete es Anklagen auf Anklagen auf die Häupter der ultramontanen „Reichsfeinde", und selbst der Papst Pius IX. unterlag dem Schicksal der Konfiskation, weil er Staatseinrichtungen verächtlich gemacht und die gesetzgebenden Faktoren des preußischen Staates, unter ihnen natürlich auch die „Knechtsgestalt" des Abgeordnetenhauses, schwer beleidigt haben sollte. In seiner Weihnachtsansprache von 1872 hatte der Papst die preußischen Gesetzesmacher folgendermaßen abgekanzelt:

> Männer, die nicht allein unsere heilige Religion nicht bekennen, sondern sie nicht einmal kennen, **maßen sich die Macht an**, Dogmen der Kirche abzugrenzen. Und während sie dieselbe **rücksichtslos mißhandeln, sind sie unverschämt genug**, zu versichern, daß ihr durch sie kein Schaden zugefügt werde, ja indem sie **Verleumdung und Hohn zum Unrecht fügen**, scheuen sie sich nicht, die Schuld an der leidenschaftlichen Verfolgung den Katholiken zur Last zu legen.

Die Zentrumspresse, die diese Stelle zum Abdruck brachte, verfiel in ganz Preußen der Beschlagnahme. Die „Germania" konnte das Facsimile eines Bromberger katholischen Blattes veröffentlichen, in welchem die beleidigende Stelle mit Druckerschwärze unleserlich gemacht war. „Der konfiszierte Papst", schrieb sie darüber und „Wie in Rußland!" darunter. Eine Interpellation, die von der Zentrumsfraktion wegen dieser willkürlichen Beschlagnahme im Abgeordnetenhause eingebracht wurde, blieb natürlich erfolglos. Das Preußenparlament in seiner „Knechtsgestalt" hatte eben auch damals schon seine Vorliebe für russische Regierungsmanieren.

Die preußischen Richter aber beschämten damals die preußischen Gesetzgeber: sie sprachen den verantwortlichen Redakteur der „Germania", Majunke, frei!

Bald darauf veröffentlichte der Kardinal Ledochowski in Posen seinen Hirtenbrief wider die preußische Kirchengesetzgebung, in dem es hieß:

> Wenn auch nicht immer, so sehen wir doch oft genug, daß **Verschlagenheit, Unredlichkeit, Frechheit und Lügenhaftigkeit** ihren Anhängern scheinbare Vorteile gewähren, während diejenigen, welche Wahrheit, Recht, Gerechtigkeit und Redlichkeit lieben, verachtet, **herabgewürdigt**, ja sogar verleumdet und verfolgt werden.

Nach solchen Proben erübrigt es sich wohl, in die niedrigeren Ränge der katholischen Kirche herabzusteigen und anzuführen, was sich damals die Kapläne und die Kaplanspresse geleistet haben. Die junge Sozialdemokratie stand damals, getreu ihren Grundsätzen, auf Seite der Verfolgten, und sie würde heute wieder, mit ihrer jetzt viel größeren Macht dasselbe tun, wenn sie abermals in die gleiche Lage käme. Daran zweifelt niemand, der die Grundsätze der Sozialdemokratie kennt. Und nun überlege man gefälligst, wo die besseren — „Christen" zu finden sind: im Lager der Sozialdemokratie, die auch dem Feinde Schutz gewährt, wenn er von Willkür und Unrecht verfolgt wird, oder im Lager der preußischen Zentrumsfraktion, die die Widersacher des Dreiklassenwahlrechts ins Gefängnis stößt!

Das können sie nicht!

Vom jungnationalliberalen Parteitag ist noch eine bemerkenswerte Aeußerung nachzutragen, weil sich in ihr die geradezu verzweifelte Situation ausdrückt, in die die bürgerlichen Parteien, offene oder geheime Wahlrechtsfeinde, durch die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung hineingetrieben werden. Herr Dr. Schacht aus Berlin gestand:

> Ich kann es keinem Erwachsenen begreiflich machen, daß er zum Reichstag mündig ist, zum Landtag aber nicht.

Das ist allerdings ein schwieriges Experiment, das nur gelingen kann, wenn auf der einen Seite ein ganz gerissener Schwindler steht, der es vormacht, auf der anderen Seite aber ein ausgewachsenes Kalb, das ihm glaubt. Wenn sich die Landtagswähler dritter Klasse, denen die bürgerlichen Parteien ihr Recht vorenthalten, zur glücklichen Stunde erinnern, daß sie nebenbei auch Reichstagswähler sind, so werden die Wahlrechtsfeinde im Jahre 1908 keinen üblen Kladderadatsch erleben! Da sich die Partei der Bassermann, Heyl, Baku, Becher, Paasche usw. bis dahin schwerlich zu einer Wahlrechtsstürmerin verwandeln wird, kann die jungliberale Kritik auf sie nur wie Sprengpulver wirken. Die „Nationalzeitung" ist daher auch untröstlich über das geschehene Unglück und wirft den „Jungen" mangelndes Verständnis für die historische Entwickelung vor. Ganz ähnlich verfährt auch die „Tägliche Rundschau", die sich gegenüber den „Stürmern und Drängern" auf die Auffassung Treitschkes beruft, „wonach die Politik sich nach der Methode des historischen Denkens aus empirischen Betrachtungen ergeben muß". Ueber diese historische Methode hat einst schon Marx alles Nötige gesagt:

> Eine Schule, welche die Niederträchtigkeit von heute durch die Niederträchtigkeit von gestern legitimiert, eine Schule, die jeden Schrei des Leibeigenen gegen die Knute für rebellisch erklärt, sobald die Knute eine bejahrte, eine angestammte, eine **historische Knute** ist, eine Schule, der die Geschichte wie der Gott Israels seinem Diener Moses nur ihr a posteriori (ihr rückwärtiges „Gesicht" zeigt, die historische Rechtsschule . . . hätte die deutsche Geschichte erfunden, wäre sie nicht eine Erfindung der deutschen Geschichte.

Auch die Nationalliberalen wollen an der Knute des Dreiklassenwahlrechts festhalten, weil sie eine „angestammte, eine historische Knute" ist. Daß sie sich nicht mehr anders zu helfen wissen, als durch solchen geschichts-philosophischen Tiefsinn, kennzeichnet die Hilflosigkeit ihrer Situation.

Kein Schwarzseher.

Von einer der unvermeidlichen Kavallerie-Attacken, die bei den schlesischen Kaisermanövern geritten wurden, entwirft Oberst Gätke im „Berliner Tageblatt" dieses lustige Bildchen:

> . . . Endlich wälzten sich gewaltige Staubwolken heran: auf den jenseitigen Höhen die blaue Reiterdivision, in Anmarsch auf Wohlschildern und Cinnowitz ohne jedes Bemühen, ihren Flankenmarsch, kaum 3000 Meter vor der Front der roten Division, irgendwie zu verbergen. Mag Held Siegfried die Tarnkappe benutzen, preußische Reiterei forcht sich nit! Wieder einmal konnte ich mich überzeugen, wie nützlich und kriegsgemäß die Kürassier-Uniform ist — trotz der wogenden Sandmassen, die die Hufe der Pferde aufwirbelten, waren durch das Glas Mann für Mann einzeln abzuzählen.
>
> Auf denn, tapfere Artillerie! So edles Wild läßt man nicht warten! Die beiden reitenden Batterien der roten Division hielten unmittelbar hinter ihrer Stellung; trotzdem gingen sie die hundert Schritt in sausendem Galopp vor und pflanzten sich auf die flache Kuppe recht sichtbar auf. Die Kunde aus Ostasien war offenbar nach Sagan noch nicht gedrungen! Und dann fuhr Schuß auf Schuß aus ihren Mündungen — kaum nötig zu sagen, daß sie auf die Kavallerie dort drüben gar keinen Eindruck machten. Allerdings muß ich als gewissenhafter Chronist berichten, daß die Rohre nicht mit Schrapnells geladen waren.
>
> — — — — — — — — — — — — — — — —
>
> Und so nahte die Mittagsstunde heran. Ueber die Felder aber ritten braunen und nachdenklichen Gesichts zwei javanische Kavallerieoffiziere.

Die „gelbe Gefahr" dürfte sich ebensowenig wie die Leiter dieser militärischen Uebung „schwarzen Gedanken" hingegeben haben. Denn Japan ist ja nicht mit Deutschland alliiert. Und die tollkühne blaue Kavallerie? Sie blieb leben, und der Lebende hat recht.

Zur Erneuerung des Dreibundes. Die Mitteilungen englischer Blätter über bereits erfolgte Verhandlungen wegen Erneuerung des Dreibundes werden offiziös als unrichtig bezeichnet. In Wahrheit haben weder Verhandlungen noch Vorbesprechungen bis jetzt stattgefunden.

Einen Rattenkönig von Prozessen zeitigt die Tippelskirch-Affäre. Wie gemeldet wird, hat Herr Horst von Tippelskirch soeben gegen den Schriftsteller Dr. jur. Mode, sowie gegen die verantwortlichen Redakteure, die Drucker (!) und Verleger (!) des „Berliner Lokal-Anzeiger" und des „Berliner Tageblatt" Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I Berlin gestellt. Gegen Dr. Mode ist Bestrafung beantragt wegen verleumderischer Beleidigung, gegen die übrigen wegen öffentlicher, durch die Presse begangener Beleidigungen. Oberstleutnant Quade hat Strafantrag gegen den Redakteur, Drucker (!) und Verleger (!) der „Täglichen Rundschau" wegen Beleidigung durch die Presse aus Anlaß des bekannten Artikels gestellt.

Schmollt er? Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Paasche, der zugleich Professor der Staatswissenschaften an der Berliner Hochschule ist, beabsichtigt, aus Gesundheitsrücksichten am 1. Oktober in den Ruhestand zu treten. — Bekanntlich hieß es bis vor einiger Zeit, der heilige Paasche sei für den Posten des Leiters der Kolonialabteilung ausersehen. Nun hat man aber nicht ihn, sondern den „simplen Kaufmann" Dernburg genommen.

Wütende Bauunternehmer. Der in Stuttgart tagende 21. Delegiertentag des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister nahm eine Resolution an, in der gegen die von der Reichstagskommission vorgesehene Zuziehung von Arbeitern zur Bankontrolle Protest erhoben wird. — Man kann es den Zünftlern nachfühlen, daß ihnen die Kontrolle durch die Arbeiter wenig in den Kram paßt.

Aus den Kolonien wird gemeldet: Die Rebellenführer Kibassera und Mbosse, sowie Matschinsche, der Mörder des Dolmetschers Osman, wurden in Daressalaam zum Tode durch den Strang verurteilt. Nach einer Meldung aus Lukuliro ist der gefangene Rebellenführer Jumbe Amiri bei einem Fluchtversuch erschossen worden.

Immer wieder Abgeordnete als Zeugen. Aus Frankfurt meldet uns der Draht: Wie die „Frankf. Ztg." berichtet, ist nunmehr auf Requisition des Untersuchungsrichters auch der Reichstagsabgeordnete Müller-Meiningen-Hof in der Kolonialuntersuchung vom Amtsgericht Starnberg, wo der Abg. Müller-Meiningen mit seiner Familie in der Sommerfrische weilt, als Zeuge vernommen worden. Auch Dr. Müller hat vor seiner Vernehmung erklärt, daß er bezüglich seiner Aeußerungen im Parlament unbedingt und prinzipiell am Zeugnisverweigerungsrecht als Ausfluß der Immunität festhalte.

Zur Anarchistenhatz wird heute aus Berlin gemeldet: Die Verhaftung eines angeblichen Anarchisten erregte gestern im Westen Aufsehen. Im Obergeschoß des Hauses Wormser Straße Nr. 1 wohnt seit mehreren Jahren eine Witwe Wolf, deren jetzt 21jähriger Sohn in der Umgegend für einen Anarchisten gehalten wird. Er spricht 3 Sprachen und hielt sich längere Zeit im Auslande, auch in Rußland und der Schweiz, auf. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß er fast täglich Briefe aus dem Auslande erhielt und verhängte schließlich die Sperre über alle mit der Post für den Verdächtigen eingehenden Sendungen. Gestern Nachmittag nahm sie eine sorgfältige Haussuchung vor und verhaftete Wolff. Zwei Koffer des Verhafteten wurden beschlagnahmt. Es entstand das Gerücht, daß diese Koffer Bomben enthalten hätten, jedoch ist hierüber nichts Authentisches bekannt geworden. Der junge Mensch soll beim ersten Verhör geäußert haben, er dürfe über seine Mission nichts verraten. — Wenn das nur nicht schon wieder einen neuen Reinfall der Polizei bedeutet!

Kleine politische Nachrichten.

Der „Reichsanzeiger" meldet jetzt amtlich die Enthebung des Erbprinzen zu Hohenlohe-Langenburg von der Stellung des stellvertretenden Kolonialdirektors unter Verleihung der Brillanten zum Roten Adlerorden erster Klasse und die Ernennung des bisherigen Bankdirektors Bernhard Dernburg

zu seinem Nachfolger unter Verleihung des Charakters als Wirklicher Geh.-Rat mit dem Prädikat „Exzellenz.“ Außer mit der Vertretung des Direktors der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes ist Dernburg für den Fall der Behinderung des Reichskanzlers mit dessen Vertretung in den Kommando-Angelegenheiten der Schutztruppen in den afrikanischen Schutzgebieten beauftragt. — An Reichsmünzen wurden ausgeprägt im Monat August für 8,888,940 Mark Doppelkronen, 1,582,500 Mk. Kronen, 36,420 Mark Fünfmarkstücke, 2,403,626 Mark Zweimarkstücke, 1,520,987 Mark Einmarkstücke, 1,833,277 Mark Fünfzigpfennigstücke, 512,673.90 Mark Zehnpfennigstücke, 172,665.45 Mk. Fünfpfennigstücke, 14,207.46 Mark Zweipfennigstücke, 40,188.77 Mark Einpfennigstücke. — Durch das Vorgehen der englischen Algerian Steamship Company, die in Konkurrenz zu dem neubegründeten arabisch-persischen Dienst der Hamburg-Amerikalinie ihre Schiffe über Hamburg nach dem persischen Golf zu expedieren beabsichtigt, sieht sich die Hamburg-Amerika-Linie gezwungen, künftig die Dampfer ihres arabisch-persischen Dienstes London anlaufen zu lassen. — Aus Konstantinopel wird berichtet, daß General Berthier Pascha nach Paris abgereist ist mit dem Auftrage, bei den Schneiderschen Werken in Creuzot eine Bestellung von 70 Maschinen-Gewehren und 10 Millionen dazu gehöriger Patronen zu machen. Der General wird ferner mehrere Schnellfeuergeschütze zu Versuchszwecken beordern. Diese Nachricht, welche gestern Abend erst in Konstantinopel bekannt wurde, hat dort großes Aufsehen erregt.

Ausland.

Die Antiklerikale Strömung in Spanien. Die Diplomaten des Vatikans sind wahrlich von einer providentiellen Dummheit. Wenn ihre Absicht wäre, die Völker zur Erkenntnis der ultramontanen Tyrannei und zur Abschüttlung ihres alten Jochs zu bringen, sie könnten nicht anders handeln als jetzt, wo sie ein katholisches Land nach dem anderen durch ihre Anmaßung zur Auflehnung treiben. Nach der „ältesten Tochter der Christenheit ist nun sogar das kohlschwarze Land an die Reihe gekommen, wo die „katholische Majestät“ des vielphotographierten Alfons des Dreizehnten regiert. Spanien zieht in den Kampf gegen Rom — wer hätte das noch vor ein paar Monaten gedacht? Nach dem Attentat bei der Hochzeitsfeier haben die versammelten französischen Bischöfe, die den Präsidenten der Republik demonstrativ ignoriert hatten, dem spanischen Monarchen ein Glückwunschtelegramm geschickt. Werden die Männer im Vatikan heute nicht im stillen jener Bombe fluchen — weil sie daneben ging?

Den Konflikt mit der spanischen Regierung hat die Kurie geradezu provoziert. In Spanien besteht seit dem Jahre 1889 die fakultative Zivilehe. Den Anstrengungen der Kurie gelang es indes, im Jahre 1900 eine wichtige Einschränkung der bezüglichen Gesetzesbestimmung durchzusetzen. Damals erfloß eine Ministerialverordnung, wonach eine Zivilehe nur in dem Falle eingegangen werden dürfe, wenn mindestens einer der Ehegatten Nichtkatholik sei. Aber die vatikanische Klique war damit noch nicht befriedigt. Im April dieses Jahres richtete die Kurie an das Ministerium Moret eine Note, worin sie forderte, daß die Zivilehe auch in dem Falle verboten werde, wenn auch nur einer der Ehegatten Katholik sei. Das Ministerium ließ diese Aufforderung unerledigt. Unterdes kam anfangs Juli ein neues, gleichfalls liberales Ministerium ans Ruder und der jetzige Ministerpräsident Lopes Dominguez entschloß sich, der klerikalen Begehrlichkeit Widerstand zu leisten. Eine in unerträglich dreistem Tone gehaltene Mahnung des Nuntius brachte das Faß zum Ueberlaufen. Nun begnügte sich die Regierung nicht mit der Defensive, sondern ging zur Offensive gegen Rom vor. Ein königliches Dekret stellt den Artikel 43 des bürgerlichen Gesetzbuches in seiner vollen Giltigkeit wieder her, das heißt, es gestattet jedem Spanier ohne Unterschied der Konfession, eine Zivilehe einzugehen.

Die Klerikalen schäumen natürlich vor Wut. Aber die Zivilehe ist erst der Anfang und die ganze Kette der politisch-religiösen Fragen soll nun aufgerollt werden. Die wichtigste Frage ist die der Kongregationen. In Spanien bestimmt zwar ein Gesetz von 1887, daß die Kongregationen ihre Niederlassung bei den Staatsbehörden anzuzeigen und ebendort Rechnung zu legen haben; indes sind diese Vorschriften toter Buchstabe geblieben. Die Regierung will nun den nächsten Cortes ein Assoziationsgesetz vorlegen. Es läßt sich denken, wie den Pfaffen zu Mute ist, die in ihrem Treiben bisher ganz unkontrolliert waren und von ihren Reichtümern keine Steuern zahlten. Waren doch Zehntausende von französischen Kongreganisten um dieser Vorteile willen in das spanische Paradies gezogen! Am Ende wirds von allen Ländern allein — Deutschland als gastlichste Pfaffenherberge übrig bleiben. Wir haben also einen schönen Zuzug in Aussicht. Denn, daß wir der römischen Anmaßung noch geduldig unsere Backen hinhalten, wenn sogar der fromme Spanier die Faust zum Schlage ballt, steht wohl außer Zweifel.

* * *

Nur gegen Barzahlung die ewige Seligkeit. Im gottesfürchtigen Deutschland weiß man, daß die Kirche einen guten Magen hat. Im ganz und gar nicht gottesfürchtigen Frankreich hat man augenscheinlich vergessen, daß die Kirche überhaupt einen Magen hat. Wenigstens hat man ihr von Staatswegen die Subsistenzmittel entzogen. Und nun muß sich der Klerus den Kopf darüber zerbrechen, woher er die 60 Millionen nimmt, die ihm die geistliche Tröstung des Volkes kostet. Weshalb in der Pariser Bischofsversammlung der Vorschlag gemacht worden ist, daß fortan die Sakramente nur denjenigen erteilt werden sollen, die ihren Kirchenbeitrag entrichtet haben. — Eine gute und durchaus zeitgemäße Idee. Läßt nicht schon von jeher der Tausendkünstler, der auf den Jahrmärkten seine Salben für die Schäden des Leibes verkauft und kranke Zähne zieht, sich vorher bezahlen? So kann auch kein Mensch den französischen Priestern das Recht streitig machen, ihre Künste erst nach erfolgter Barzahlung zu produzieren; erst dann den rheumatischen Seelen die tröstende Salbe einzureiben und dem beißenden Gewissen den Zahn zu ziehen, wenn das Geld im Kasten klingt.

* * *

Macht der Zar Inventur? Aus Paris wird gemeldet: Dem „Journal“ zufolge hätte ein Pariser Juwelier einige Juwelen aus dem Besitze des Zaren für 1,100,000 Rubel erstanden.

Das läßt ja erhoffen, daß Nikolaus baldigst seine Koffer packt!

* * *

Rebellische Reservisten. Wie dem Pariser „Eclair“ aus Brioude gemeldet wird, durchzogen Abends 400 Reservisten des 38. Infanterie-Regiments die Straßen unter Absingung der Internationale, weil man ihnen angekündigt hatte, daß das Regiment in Etappenmärschen nach St. Etienne in die Garnison zurückkehren werde. Die Reservisten verlangen, mit der Eisenbahn dorthin befördert zu werden, widrigenfalls sie bei der ersten Etappe sich sämtlich krank melden würden.

* * *

Das französische Sonntagsruhegesetz wurde am Sonntage zum ersten Male in voller Strenge gehandhabt. In Paris kam es nur zu zwei unbedeutenden Ruhestörungen, im übrigen Lande blieb alles ruhig. Der Handelsminister läßt dementieren, daß die Durchführung des Gesetzes die Anstellung von dreihundert neuen Arbeitsinspektoren erfordere. Das vorhandene Personal reiche vollkommen aus.

* * *

Wenn das nicht hilft . . .! Die Königin von Holland hat die Hoffnung auf einen Thronerben mehrfach schwer getäuscht. Immer war der Storch angemeldet worden — aber er ließ leider jedesmal wieder absagen. Jetzt ist man am holländischen Hofe dem Zuge gefolgt, der von Osten her durch die Welt weht, in Petersburg die „Spirits“ zur Lösung der inneren Konflikte zitiert und in Berlin die Wünschelrute zur Bewässerung afrikanischer Wüsten heranzieht. Auf Befehl der holländischen Königin ist nämlich im Schlosse Loo eine tägliche Hausandacht eingerichtet worden. Da der kinderbringende Storch bei den Frommen bekanntlich ein besonderes Einsehen hat, wird ja nun wohl auch endlich die Mission des Prinzgemahls ihre allgemein erwartete Erledigung finden.

Aus Schlesien und Posen.

e. **Schweidnitz**, 10. September. Radfahrer-Bezirks-Versammlung. Vergangenen Sonntag tagte im „Zeltgarten“ eine Bezirks-Versammlung des Bezirks 3, Gau 8 des Deutschen Radfahrer-Bundes. Vertreten waren sämtliche zum Bezirk gehörige Vereine, 14 an der Zahl, durch 26 Delegierte. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Gauleiter Genosse Gießmann-Breslau einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse des Bundestages in München. Es folgten dann die Berichte der Delegierten. Die Mitgliederzahl in den einzelnen Vereinen ist wie folgt: Altwasser 44, Gottesberg 182, Göhlenau 46, Neu-Salzbrunn 53, Niederwaltersdorf 25, Sorgau 42, Hermsdorf 41, Polsnitz 45, Schweidnitz 27, Langenbielau 40, Peterswaldau 26, Schobergrund 20, Gräditz 26, Weißstein 14 und Bärsdorf 8 Einzelfahrer, zusammen 592 Mitglieder. Der Bezirk umfaßt die Kreise Waldenburg, Schweidnitz, Reichenbach, Neurode, Glatz und Habelschwerdt. Zum Bezirksführer wurde Genosse Werner aus Gottesberg gewählt, und zum Ort für die nächste Bezirks-Versammlung Peterswaldau bestimmt. Nach Erledigung einiger interner Vereins-Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem kräftigen „Frisch auf“ geschlossen.

Freiburg, 10. September. Eine gut besuchte Holzarbeiter-Versammlung tagte am Donnerstag im „Gewerkschaftshause“. Genosse Kaul-Breslau setzte den Erschienenen in einem interessanten Vortrage das Wesen der Arbeiter- und Unternehmer-Verbände auseinander, wofür ihm lebhafter Beifall zuteil wurde. Darauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Die Einnahmen betrugen 2250.18 Mark, die Ausgaben 1693.53 Mark, es bleiben mithin als Bestand am Orte 556.65 Mark. An die Hauptkasse wurden 1043 Mark gesandt. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 457.17 Mark. Kollege Fleischer bestätigte namens der Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung. Im weiteren wurde das organisationsschädigende Verhalten zweier Kollegen zur Sprache gebracht. Da dieselben nicht anwesend waren, wurde beschlossen, sie zur nächsten Versammlung brieflich einzuladen.

Hirschberg, 12. September. Vom Konsumverein. Am 9. September hielt der hiesige Konsum-Verein seine ordentliche General-Versammlung ab. Genosse Gottwald gab zuerst Bericht über die Tätigkeit des Aufsichtsrates. Hieran schloß sich der Geschäftsbericht des Vorstandes durch Genossen Pfeifer. Aus demselben ging hervor, daß das abgelaufene Geschäftsjahr als ein befriedigendes bezeichnet werden kann. Die in Warmbrunn errichtete Filiale entwickelt sich sehr gut und verspricht ein flottes Geschäft zu werden. Auch die Kaufkraft ist in diesem Jahre gestiegen, sodaß der Verein immer mehr an Festigkeit gewinnt. Alsdann wurde vom Geschäftsführer Pfeifer der General-Versammlung die Bilanz unterbreitet, aus welcher nachfolgende Punkte angeführt seien: Der Jahresumsatz betrug rund 50,000 Mark inkl. der Filiale in Warmbrunn, die erst seit Neujahr besteht. Die Einnahme und Ausgabe bilanziert auf 17,858.11 Mark, der Reingewinn betrug 3819.10 Mark und die Mitgliederzahl beläuft sich auf 417.

Nach kurzer Debatte wurde die Bilanz von der Versammlung genehmigt und der Vorstand entlastet. Hierauf wurde bekannt gegeben, daß die Auszahlung der Dividenden vom 24. September bis zum 7. Oktober erfolgt. Die Auszahlung der Geschäftsanteile für die ausscheidenden Genossen erfolgt vom 8. bis zum 21. Oktober. Bei der Wahl zum Kontrolleur wurde Genosse Hampel mit großer Majorität wieder gewählt. Anstelle der fünf ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Stritzke, Kuhnt, Eckert, Schatz und Pfennig wurden Genosse Schatz wieder- und die Genossen Rüffer, Riedel, Fellmann und Kambach neu gewählt. Im Punkte „Verschiedenes“ wurden dann noch einige interne Angelegenheiten erledigt und darauf die Versammlung geschlossen.

— Vom Saalkampf. Ein für uns recht erfreuliches Bild zeigten unsere gesperrten Lokale am letzten Sonntage. War es doch der erste Sonntag, wo die Herren Saalbesitzer nur auf uns rechnen durften, da das Militär fort ist. So sah es denn auch im „Berliner Hof“ recht trostlos aus; ganze zehn Paare tanzten von 7 bis 8 Uhr, um dann um 11 Uhr bis auf 20 zu kommen. Dabei kam noch in Betracht, daß die Schneider ihr Stiftungsfest hatten. Sogar im „Schwarzen Roß“, wo sonst Sonntag für Sonntag kein Stuhl zu kriegen ist, waren nur 20 bis 25 Herren und Damen vorhanden. Im „Kronprinzen“ war die Sache recht ergötzlich; dort wurde nämlich ein jeder hinausgeworfen, der verdächtig erschien, ein „roter Hund“ oder „arbeitsscheues Gesindel“ zu sein. Nur die Saalposten kamen immer anstandslos durch. Dort stieg die Besucherzahl bis auf 35 Herren (darunter fünf Saalposten). Im „Langen Hause“ sah es nun nicht besser aus, dort sorgte der Herr Batocha dafür, daß seine höchste Besucherzahl bis auf dreizehn Herren und fünfzehn Damen stieg. Um 10 Uhr waren es nur noch 6 Herren, sodaß Herr Batocha schon um 11 statt um 12 Uhr seinen Saal schließen mußte. Im „Deutschen Kaiser“ in Cunnersdorf hielt der Militär- und Kriegerverein sein Schützenfest ab; der Besuch ließ auch zu wünschen übrig.

Sorgau, 11. September. Achtung! Ziegeleiarbeiter und -Arbeiterinnen! Laut Beschluß und Kartellvertrag zwischen den beiden Organisationen der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter, und dem Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands gehören die Ziegeleiarbeiter und -Arbeiterinnen dem Fabrikarbeiter-Verbande an. Für Altwasser, Kolonie Sandberg, Nieder-Salzbrunn, Sorgau, Seitendorf, Alt- und Neu-Liebichau, werden Neuanmeldungen sowie Uebertrittserklärungen vom Bauarbeiter-Verband in den Fabrikarbeiter-Verband vom Kollegen Hermann Feige in Sorgau Nr. 39, 1 Stiege, entgegengenommen und zwar Wochentags von ½8 Uhr Abends bis 9 Uhr Abends, Sonn- und Festtags von 8 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags. Für Neuanmeldende beträgt das Eintrittsgeld für männliche und weibliche Mitglieder 30 Pfg. Ebenso ist ein zweiwöchentlicher Beitrag, der für männliche Mitglieder 30 Pfg. pro Woche, für weibliche Mitglieder 20 Pfg. pro Woche beträgt, zu entrichten. Es hat also jedes neu eintretende männliche Mitglied 90 Pfg., jedes weibliche Mitglied 70 Pfg. bei der Aufnahme zu entrichten. Die Mitgliederversammlungen finden an jedem ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zur Krone in Altwasser statt.

Neustadt, 11. September. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde zunächst die Etatsüberschreitung in Gesamthöhe von 1134.56 Mark bewilligt. Für die Renovation der katholischen Kirche zu Leuber wurden 287,787 Mark bewilligt. Hierauf wird der Zuschlag für die Lieferung der Fenster zum Neubau der städtischen Badeanstalt dem Tischlermeister August Habel für seine Mindestforderung von 1592.70 Mark erteilt, und zur Verbesserung der Beleuchtung und Entlüftung des als Gesellenstube dienenden Raumes im städtischen Schlachthofe erforderlichen Arbeiten genehmigt und die Kosten mit zirka 820 Mark außeretatsmäßig bewilligt. Als noch dem Antrage des Magistrats und der Finanzkommission entsprechend beschlossen worden war, die Position Tit. 5, Ansatz 1e des Volksschuletats um 1000 Mark zu verstärken, da diese Etatsüberschreitung durch die während der Ausführung des Abputzes am Knabenschulgebäude am Kirchplatz sich als notwendig ergebenden Mehrarbeiten entstanden waren, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen, um einer geheimen Beratung Platz zu schaffen.

Versammlungen und Vereine.

Der Zentralverband der Schuhmacher beschäftigte sich am Montag in seiner Mitglieder-Versammlung mit der Neubesetzung des Vorsitzes, da der Kollege Gottwald als Beamter jetzt den Kassiererposten zu versehen hat. Da die Versammlung indes nur mäßig besucht war, wurde diese Angelegenheit bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt. Hierauf wurde über die zum November bevorstehenden Krankenkassen-Vertreterwahlen verhandelt, und beschlossen, diese Materie den Vertrauensmännern zur Vorberatung zu überweisen. Des weiteren wurde ein Herbstvergnügen, bestehend aus Tanz und Verlosung, beschlossen. Da das Gewerkschaftshaus bis weit im November vergeben ist, wird die Skala, und zwar für den 20. Oktober, hierfür bestimmt. Die Ortsverwaltung verweist die Vertrauensleute und Unterkassierer auf die Notwendigkeit pünktlichen Kassierens, regelmäßiger Abholung der Fachblätter. Von der Geschichte der Schuhmacher und den Protokollen der elften Generalversammlung in Nürnberg sind noch Exemplare vorhanden, worauf die Ortsverwaltung hinweist. Mindestens müßten alle Vertrauensleute im Besitz dieser Schriften sein.

Neueste Nachrichten.

Ganz wie in Breslau!

Aus Nürnberg wird gemeldet: Wegen der jüngsten Straßentumulte schwebt gegen 57 Personen ein Verfahren wegen Landfriedensbruches. Außerdem liegen 130 Anzeigen wegen Widerstandes und Körperverletzung anläßlich der Streik-Bewegung vor.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Die Buchbinder** halten Sonnabend bei Fiegert (früher Fläschel), in der Kleinen Groschengasse, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Da Kollege Pohl abreist, muß ein neuer zweiter Vorsitzender gewählt werden.

Verband der Friseurgehilfen (Zweigverein Breslau). Heute Mittwoch den 12. d. M., Abends 9½ Uhr, im Restaurant „zur Stadt Wien“, Malergasse 26: Versammlung. Vortrag des Arbeitersekretärs Genossen Peterhansel über Krankenkassenwesen und Wahlen. Jeder Kollege ist hierzu eingeladen.

* **Achtung, Fabrikarbeiter!** Donnerstag, Abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Fabrikarbeiter- und -Arbeiterinnenversammlung im Saale des Herrn Niewitecki in Opperau statt. Wir ersuchen alle Kollegen, von Klettendorf, Hartlieb und Umgegend für guten Besuch der Versammlung zu sorgen.

Die Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes.

Achtung, Maurer! Mittwoch den 12. September, Abends pünktlich 8 Uhr, findet im Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitglieder-Versammlung statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen unbedingt notwendig. Die Frauen der Kollegen sind ebenfalls eingeladen. Zur Legitimation ist das Mitgliedsbuch mitzubringen.

Ferner geben wir bekannt, daß die Auszahlung des Krankengeldes wegen der Versammlung, sowie auch weil ein Teil der Verwaltungs-Kollegen die preußisch-deutsche Freiheit auf einige Zeit hat verlassen müssen, nicht Mittwoch, sondern Donnerstag den 13. September stattfindet.

Die Lokalverwaltung des Zentral-Verbandes der Maurer.

Vergnügungen.

* **Radrennbahn Morgenau.** Am Sonntag, den 16. d. M., Nachmittags 4 Uhr finden auf der Radrennbahn Morgenau internationale Radrennen statt, und zwar ein Hauptfahren über 2000 Meter, wobei zwei erstklassige Fahrräder zur Verlosung gelangen, ein 35 Kilometer-Rennen in zwei Läufen nach Punktwertung hinter Motoren, ein Vorgabefahren, Trostfahren und ein 10 Kilometer-Motorrennen. Die Lose zu dem Verlosungsrennen werden dem Programm gratis beigegeben. Der Kaufpreis versteht sich nur für das Programm. Die Rennen beginnen pünktlich um 4 Uhr und werden noch vor Eintritt der Dunkelheit beendet sein. In den nächsten Tagen werden die zur Verlosung gelangenden Fahrräder in dem Schaufenster des Fahrradhauses Homann, Neue Taschenstraße, und bei Linden u. Winterfeld, Ohlauerstraße, Ecke Poststraße, zur Ausstellung gelangen.

* **Zeltgarten.** Die Direktion hat sehr gut getan, die Sommerspielzeit bis zum 15. September festzusetzen, da der Garten bei dem schönen Wetter täglich ausverkauft ist, und das Publikum sich auf das beste amüsiert. Am 16. beginnt die Wintersaison mit einem erstklassigen Spezialitäten-Programm, über welches wir später berichten werden.

Literatur.

Von der **Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift**, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1.20 Mk., Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist soeben das 37. Heft erschienen.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

11. u. 12. September.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 12,9	+ 11,8	+ 9,2
Luftdruck bei 0° (mm)	751,6	752,5	752,0
Dunstdruck (mm)	6,9	8,7	8,0
Dunstsättigung (pCt.)	63	88	93
Wind (0—12)	NNW 3	NW 3	N 2
Wetter	bewölkt	wolkig	bedeckt

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Mittwoch, den 12. September.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Extr.		Wetter
	Temp.	Wind	Ndschl.	Max.	Min.	
Rosenthal b. Br.	10	NW 3	1	16	7	bedeckt
Beuthen OS.	9	N 2	5	14	7	wolkig
Habelschwerdt	8	NW 2	11	14	4	bedeckt
Schneekoppe	0	N 6	7	2	0	Nebel
Görlitz	8	N 1	6	15	8	wolkig
Ostrowo	5	N 3	1	16	8	bedeckt

Briefkasten.

R. R. 17. Die angegebenen Worte enthalten nach unserer Ansicht eine Beleidigung und Bedrohung mit einem Verbrechen, die strafbar sind.

F., Sorgau. Das Arbeitsverhältnis kann aus den im § 134 der Gewerbeordnung angegebenen Gründen ohne vorherige Kündigung aufgelöst werden. Sonst besteht eine 14tägige Kündigungsfrist, wenn über sie eine besondere Verabredung nicht stattgefunden hat.

Zurückgekehrt
Dr. Gassmann.
[illegible]

Sozialdemokratisches
Liederbuch
von Max Kegel
Preis 40 Pfg.

Standesamtliche Nachrichten.

Todesfälle.

Knechtswitwe Theresia Pfingst, geb. Trapputz, 63 J. — Lackierer Paul Klings, 38 J. — Strohhutnäherin Bertha Dotterweich, 60 J. — Martha, T. des Lohngärtners Karl Gutte, 1 J. — Lucia, T. des Kaufmanns Johann Sonneberger, 3 J. — Kaufmannswitwe Bianca Rost, geb. Nessel, 83 J. — Arbeiter Wilhelm Riesner 43 J. — Fabrikarbeiter Karl Weihe, 39 J. — Tagearbeiter Albert Willsch, 43 J. — Anstreichersfrau Pauline Tesch, geb. Gowurek, 69 J. — Erwin, S. des Musikers Wilhelm Pfeiffer, 9 W. — Martha, T. des Schuhmachers Ernst Scheler, 5 W. — Holzfaktorswitwe Auguste Hübner, geb. Wegehaupt, 72 J. — Maurerswitwe Christiane Kaufmann, geb. Ernert, 65 J. — Arthur, S. des Geschäftsdieners Robert Nitschke, 11 Tg. — Fritz, S. des Arbeiters Wilhelm Köhler, 6 Woch. Wächter Wilhelm Materne, 62 J. — Pens. Eisenbahn-Bureaudiener August Gaebler, 81 J. — Eishändlerswitwe Theresia Hillmann, geb. Tiepolt, 49 J. — Königl. Eisenbahn-Betriebssekretär Nikolaus Falgowski, 62 J. — Schlossergeselle Oskar Sperling, 24 J.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.
Breslau, 11. September.

Pro 100 Kilogramm

	gute höchst	gute niedr.	mittlere höchst	mittlere niedr.	geringere Sort. höchst	geringere Sort. niedr.
Weizen, weißer	17.60	17.20	17.10	16.80	16.70	15.50
Weizen, gelber	17.50	17.10	17.00	16.70	16.60	15.40
Roggen	14.90	14.30	14.20	14.00	13.90	13.70
Braugerste	16.50	16.10	16.00	15.50	—.—	—.—
Gerste	13.50	13.10	13.00	12.60	12.50	12.00
Hafer, alter	17.80	17.30	17.20	16.80	16.70	16.30
Hafer, neuer	14.40	14.00	13.90	13.70	13.60	13.20
Viktoria-Erbsen	20.00	19.00	18.00	17.00	16.00	15.00
Erbsen	18.00	17.50	16.30	15.30	14.50	14.00

Heu pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mk.
Stroh, pro Schock 24.00—26.40 Mk.
Winterraps 27.50—26.00—24.00 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Sack brutto, Weizenmehl 00 fester, 24.25—25.75 Mk. Roggenmehl 00 21.00 bis 21.50 Mark. Roggen-Hausbacken 20.50 bis 21.00 Mark. Roggen-Futtermehl fest, 10.50 bis 10.75 Mk. Weizenkleie fest, 10.25—10.50 Mk.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Im Partei-Sekretariat,
Neue Graupenstraße 5, Vorderhaus 2. Etage, Telephon-Nr. 3141, werden jederzeit Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmescheine sowie Bestellzettel auf die „Volkswacht" zu haben.

Rechtsauskünfte können im Partei-Sekretariat **nicht** erteilt werden.

Die Bibliothekstunden des sozialdemokratischen Vereins finden von jetzt an Montags von **7—9 Uhr** statt. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.
Nikolaistraße 18/19.
Sprechstd. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5½—7½ Uhr (außer Sonnabend Nachmittag).

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 12. September:

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Steinarbeiter-Verband. Mitgliederversammlung Abends 7½ Uhr im Zimmer 3.

Maurer-Verband. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr im Saale.

Donnerstag, den 13. September:

Gewerkschafts-Kartell. Fortsetzung der Diskussion über: „Massenstreik und Gewerkschaften".

Sonntag den 16. September:

Breslauer Buchdrucker-Gehilfenverein. Versammlung im großen Saale.

Freie Turnerschaft. 5. Stiftungsfest, bestehend in Konzert, turnerischen Aufführungen und Ball im großen Saale.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 2 (Sauerbrunnen).
Mittwoch, den 12. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Bezirksführer und Mitglieder im bekannten Lokal. Besprechung über die Stadtverordneten-Wahlen.

Distrikt 3 (Gräbschener Vorstadt).
Sonntag, den 16. September: Herren-Ausflug nach Masselwitz. Treffpunkt: Früh 6½ Uhr vom Bezirks-Lokale, Lewaldstraße.

Distrikt 4 (Nikolaivorstadt).
Mittwoch, den 12. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und Stellvertreter.

Distrikt 6 (Nikolaitor).
Bezirke 5, 19, 20. (Friedrich-Wilhelmstraße 55—109 und 50—106.) Sonnabend, den 15. September, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft und Zahlabend der Mitglieder im bekannten Lokale.

Distrikt 7 (Nikolaitor).
Donnerstag, den 13. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und deren Stellvertreter. Abrechnung der Programme und Lassalle-Karten. Jeder Bezirksführer hat sein Bezirksführerbuch mitzubringen. Bei dieser Zusammenkunft ist jeder Bezirksführer sowie Stellvertreter verpflichtet, zu erscheinen.

Bezirke 5 und 7. Sonnabend, den 15. September, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft und Zahlabend, Besprechung über die Stadtverordnetenwahlen.

Bezirke 13, 17, 18. Sonnabend, den 15. September: Zusammenkunft und Zahlabend. Wegen wichtiger Besprechungen über die nächsten Stadtverordnetenwahlen ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen. — Das Lokal wird noch schriftlich bekannt gegeben.

Distrikt 8 (Odertor).
Bezirke 14, 15, 16, 17 (Kletschkau): Sonnabend, den 15. September, Abends 8½ Uhr, Zahlabend.

Distrikt 8 und 9 (Odertor).
Sonntag, den 16. September: Gemeinschaftlicher Familien-Ausflug. Treffpunkt Trebnitzer Platz, Mittags 1½ Uhr. Bei ungünstiger Witterung findet der Ausflug acht Tage später statt. Nachzügler erhalten in den Distriktslokalen Auskunft.

Distrikt 9 (Odertor).
Mittwoch, den 12. September, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft und Wahl von Bezirksführern. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht.

Distrikt 11 (Sandtor).
Die Zusammenkunft der Bezirksführer findet nicht heute, Mittwoch, den 12. September, sondern Sonnab., den 15. September, statt. Das Erscheinen aller ist dringend nötig.

Distrikt 18 (Innere Stadt, Ostkreis).
Mittwoch, den 19. September, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Zusammenkunft im Distriktslokal Kleine Groschengasse. Abrechnung der Programme. Die Genossen werden ersucht, die Frauen mitzubringen.

Land-Distrikt 7.
Bezirk 3. Mittwoch, den 12. September: Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Sachwitz. **Achtung, Radfahrer!** Sonntag, 16. September, findet im Lokal des Herrn Botha eine öffentliche Mitglieder-Versammlung des Arbeiter-Radfahrer-Vereins statt. Pflicht eines jeden Sportgenossen ist, zu erscheinen.

Ohlau. **Kartellsitzung.** Sonnabend, den 15. September Abends 8 Uhr bei Herrn Schmidt Gasthof zur Stadt Oels.

Brieg. **Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen.** Sonnabend, den 15. September, Abends 8 Uhr, Versammlung bei Herrn Quicker, Fischerstraße. Tagesordnung: „Als der Großvater die Großmutter nahm".

Cunnersdorf i. R. **Volksversammlung.** Freitag, den 14. September, Abends 8 Uhr, in der Andreasschenke: Große Volksversammlung. Referent: Genosse Rechtsanwalt Simon aus Breslau. Tagesordnung: Die Polizei und Behörden im Kampfe gegen unser Koalitionsrecht.

Hirschberg. **Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter** 2c. Sonntag, den 16. September, Nachmittags 3½ Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Andreasschenke. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Altwasser. **Senefelder-Bund.** (Zahlstelle Altwasser.) Sonnabend, den 15. September, Abends 8 Uhr, im Saale des „Eisernes Kreuz": Versammlung. Vortrag des Genossen Neukirch-Breslau über das Thema: „Gewerkschaften und Partei. Gäste sind willkommen.

Friedland, Kreis Waldenburg. **Sozialdemokratischer Wahlverein.** Sonnabend, den 15. September, Abends 8 Uhr, in den „Fürstentümern": Versammlung für die Mitglieder des hiesigen Bezirks. Tagesordnung: Vortrag. Referent und Thema werden in der Versammlung bekannt gegeben. Nicht-Mitglieder sind willkommen.

Bromberg. **Gewerkschaftskartell.** Freitag, 14. September, Abends 7½ Uhr, Sitzung.

Bromberg. **Volksversammlung.** Montag, den 17. September, Abends 7½ Uhr, bei Koppke, Thornerstraße 31. Tagesordnung: „Die politische Lage im Reichstage und die Organisation im Volke". Referent: Reichstagsabgeordneter Peus-Dessau.

Bromberg. **Metallarbeiter.** Dienstag, den 18. September, Abends 7½ Uhr, öffentliche Versammlung bei Koppke, Thornerstraße 31. Tagesordnung: „Die Taktik der Arbeitgeber bei Lohnkämpfen". Referent: Rohrlack-Stettin.

Verantwortlicher Redakteur: **Theodor Müller.** — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von **Oskar Schütz.** — Druck von **Th. Schatzky** G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.
Hierzu 2 Beilagen.

Lobe-Theater.
Mittwoch:
„Nimbus".
Donnerstag:
„Eine triviale Komödie für ernsthafte Leute".
Freitag:
„Die Tyrannei der Tränen".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Freitag.
Gruppe B. 1. Vorstellung.:
„Gespenster".

SCALA Einzig. überd. Somm.-Variété
Nikolaistrasse 27.
Nur noch 4 Tage:
Otto Waldemar
The Complons
Relli Georgette
The Herellos
u. s. w.
Schluß der Saison:
Sonntag, den 16. September.
Bons haben nur noch bis 15. Septbr. Gültigkeit.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
12 Attraktionen.
Bons an Wochentagen gültig.
Anfang 7½ Uhr.

Das
Feenreich
(Zeltgarten-Tunnel)
ist eröffnet.
Die feenhafteste Dekoration, welche Breslau je gesehen hat.
Damen-Trompeter-Corps
Entree frei.

Liebich's Etabl.
Telephon 1646.
Das phänomenale
September-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Zeltgarten.
Dir.: H. Kreinsik.
Letzte Woche im Garten.
Künstler-Vorstellung
(12 Attraktionen)
Entree 10 Pfg.
Reserviert 20 Pfg.
Bei ungünstiger Witterung im Saale.

Palmengarten.
Dir. H. Kriainsik.
Täglich:
Doppel-Konzert.
Elite-Orchester Naupold
und die
Salzburger Glockenspiel-
Madl'n.
Ganz neu für Breslau.
Entree frei.

Konzerthaus Flora.
Dir. H. Kreinsik.
Der weltberühmte
„**Rivelli**"
mit seiner ausgezeichneten Italienischen Kapelle, 5 Damen 5 Herren.
Zum 1. Male in Breslau.
Fortsetzung der
Erntefeste in Ungarn.
Entree frei.

Dr. Ludwig Goldschmidt
ist zurückgekehrt. [3959

Mädchen z. bess. Konfektion b. hoh. L. m. s. Viktoriastraße 21, I. r. [3888

Pfandleih-Institut.
Geld auf Pfänder leiht Pfandleih-Institut, Friedrich-Wilhelmstraße 61, I. [3601

Spazierstöcke
ständig neue Muster
offeriert 3397
GustavBaier
Adalbertstraße 2, Ecke Uferstr.
Kupferschmiedestraße 50/51, Ecke Altbüßerstraße.

Neue
Tauentzienstraße 3
Emaille-Fabriklager,
Wannen, Kannen, Eimer,
Töpfe, Kohlenkasten,
Petroleumkannen 2c.
billiger wie im Warenhause.
Emailleschilder — in allen Größen

3852

Anzug „Ideal"
in sämtlichen Größen
Mk. 12,50
Paul Brinnitzer,
Ohlauerstr. 18, I. Et.

Hopf & Görcke, Gräbschen
Fernsprech-Anschluss No. 238 und 1921
empfehlen ihre vorzüglichen Biere in Flaschen.
3858
Preis für 25 Flaschen:
Lagerbier — Pilsner
0,4 Liter-Flaschen für die Herren Gastwirte u. Wiederverkäufer Mk. 2,25
„ „ „ für Private . . . . . . „ 2,75
0,5 Liter-Flaschen für die Herren Gastwirte u. Wiederverkäufer Mk. 2,50
„ „ „ für Private . . . . . . „ 3,00

Trebnitz und Umgegend.
Die verehrten Leser dieser Zeitung erlaube ich mir bei Bedarf von **Kaffee, Zucker, Tee, Kakao, sämtliche Artikel zur Wäsche,** sowie **Bürsten** und **Topfwaren** 2c. auf mein Geschäft höflichst aufmerksam zu machen. [3971
Hochachtungsvoll
Ida Pfahl, Langestraße 29.

Arbeiter-Frauen!
bezieht Euch bei Einkäufen stets auf die
«Volkswacht»!

Unser **Möbel- u. Warenkreditgeschäft**
bringen wir zur gefälligen Erinnerung. 3862
Gebr. Buchmann
Wachtplatz u. Fischergasse 26.

„In freien Stunden".
Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Auf Kredit.
Möbel
Betten, Sofas
Kinderwagen
Nähmaschinen.
S. Oswald Schuhbrücke 74
an der Magdalenenkirche.
Anzüge
Paletots
Damen-Konfektion.
Kredit auch nach auswärts.
3970
Katalog gratis und franko.
Bequeme Teilzahlung.
Kleine Anzahlung.
Auf Kredit.

1. Beilage zu Nr. 213 der „Volkswacht“.

Donnerstag, den 13. September 1906.

Anträge
zum
sozialdemokratischen Parteitag
am 23. September und folgende Tage
im Apollo-Theater zu Mannheim G. 6, 3.

Zur Tagesordnung:

1. Verden, Lüneburg, Friedrichstadt und Genosse Fetzer in Rixdorf beantragen, auf die Tagesordnung „Die Alkoholfrage“ zu setzen.

2. Wahlverein für den dritten sächsischen Wahlkreis: „Die russische Revolution und die deutsche Arbeiterbewegung“ auf die Tagesordnung zu setzen.

3. Potsdam-Osthavelland: „Partei und Gewerkschaft“ auf die Tagesordnung zu setzen.

4. Potsdam-Osthavelland: Zu Punkt 4 der Tagesordnung, „Maifeier“, den Genossen Bömelburg als zweiten Berichterstatter zu wählen.

5. Dresden, Hanau, Mühlhausen in Thüringen, Plauen, Nieder-Barnim, Bochum, Breslau und Potsdam-Osthavelland: Zu Punkt 5 der Tagesordnung einen zweiten Berichterstatter zu stellen. Als zweiten Berichterstatter entweder den Genossen Legien oder ein anderes Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften zu wählen.

Bericht des Parteivorstandes.

6. München: „Die Zahl der Mitglieder des Partei-Vorstandes ist um einige Genossen zu vermehren und diese Stellen mit hervorragenden Gewerkschaftsführern zu besetzen.“

7. Straßburg (Stadt): „Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand ist zu verstärken. — Um eine dauernde Verbindung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation zu erreichen, beschließt der Parteitag: Der Parteivorstand wird beauftragt, mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über die Bildung eines Aktionsausschusses, zusammengesetzt aus Vertretern der beiden Körperschaften, in Verbindung zu treten und das Ergebnis der Verhandlungen dem nächsten Parteitag zu unterbreiten. Die Mitglieder eines eventuell zu bildenden Aktionsausschusses werden vom Parteitag aus dem Parteivorstand gewählt. Der nächste Gewerkschaftskongreß wird ersucht, zu dieser Frage ebenfalls Stellung zu nehmen.“

8. Magdeburg und Bochum: „Daß der Vorstand um zwei Sekretäre verstärkt wird.“

9. 11. badischer Reichstagswahlkreis Mannheim, Weinheim, Schwetzingen: „Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes so zu vermehren, daß in agitatorischer Hinsicht mehr geschehen kann, als bisher.“

10. 1. badischer Wahlkreis: „Der Parteitag möge beschließen, alljährlich Agitationstouren zu veranstalten, bei welchen an jedem Orte, wo ein Lokal aufzutreiben ist, Versammlungen abgehalten werden sollen.“

11. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: (Resolution). „In Anbetracht, daß der Parteivorstand bisher nichts getan hat, um den Beschluß des Jenaer Parteitages betreffs des Antrages 19 zu verwirklichen, verlangt der Parteitag, daß die von ihm gefaßten Beschlüsse auch durchgeführt werden und fordern nochmals zur regen Agitation gegen den Militarismus im Sinne des Antrages 19 von 1905 auf.“

12. Frankfurt a. M.: „Im Geschäftsbericht des Parteivorstandes hat derselbe über die ihm überwiesenen Anträge Bericht zu erstatten, inwieweit Ablehnung oder Durchführbarkeit vorhanden war.“

13. Recklinghausen: „Für sämtliche sozialdemokratische Kreisvereine Deutschlands wird ein einheitliches Mitgliedsbuch angefertigt, in dem das Parteiprogramm und das Organisationsstatut der Gesamtpartei abgedruckt ist. Die Kreisvereine beziehen das Buch zum Selbstkostenpreise.“

14. 3. badischer Reichstagswahlkreis: „Die Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher sowie einheitlicher Beitragsmarken mit Wertangabe nicht unter 25 Pfg. monatlich ist mit 1. Januar 1907 für das ganze Reich vorzunehmen. Lokalzuschläge zu erheben bleibt den Mitgliedschaften überlassen.“

15. Altenburg: „Die Mitgliedsbücher der sozialdemokratischen Organisationen sind für ganz Deutschland einheitlich herzustellen.“

16. Bant: „Der Parteitag wolle beschließen, dem Parteivorstande aufzugeben, einheitliche Mitgliedsbücher für ganz Deutschland einzurichten und anfertigen zu lassen. Dieselben müssen enthalten: den Vermerk für An- und Abmeldung und Rubriken für Wochenbeiträge sowie das Parteiprogramm und das Organisationsstatut.“

17. Ruhrort: „Der Parteitag möge dahin wirken, daß in allernächster Zeit die einzelnen Kreisorganisationen zu einer geschlossenen Landesorganisation zentralisiert werden, sowie die Mitgliedsbücher einheitlich herauszugeben. Die Beiträge setzt jedoch der Kreis für sich fest.“

18. Eßlingen: „Der Parteitag möge beschließen, daß für das ganze Reich ein einheitliches Mitgliedsbuch geschaffen wird, in welchem die Felder zum Einkleben der Beitragsmarken derart gleichmäßig sind, daß sie für alle Markensysteme benutzt werden können. Des weiteren soll das Mitgliedsbuch nur das Programm der Gesamtpartei, Geschäftsordnung usw., usw., aber nicht die Satzungen der Parteien der verschiedenen Bundesstaaten enthalten. Zusatzantrag: Der Parteitag möge sich im Prinzip für die Einführung der Wochenbeitragsmarke an Stelle der verschiedenen Beitragssysteme erklären.

19. Bochum: Der Parteivorstand ist verpflichtet, alljährlich mindestens einmal die Vorsitzenden bezw. Parteisekretäre der Provinzialkomitees nebst den politischen Redakteuren der Parteipresse zu einer Konferenz zusammenzuberufen. Auch bei größeren Aktionen, z. B. Wahlrechtsbewegung, ist, um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen, eine derartige Konferenz einzuberufen.

20. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, bei besonderen Aktionen und zur Verständigung über innere Organisationseinrichtungen die Leiter resp. Geschäftsführer der Bezirks- und Landesorganisationen und je nach Bedarf auch weitere Kreise der Parteifunktionäre zu gemeinsamen Konferenzen zusammenzuberufen.

Als nächste Aufgaben in organisatorischer Hinsicht betrachtet der Parteitag u. a. die Schaffung einheitlicher Parteilegitimationen für das ganze Reich und einheitlicher Perioden für die Parteiberichterstattung aller Organisationskörperschaften.

21. Heidelberg: Die ärmeren Wahlkreise entschieden besser mit Geldmitteln zu unterstützen, um die Agitation nachhaltiger betreiben zu können.

22. Rohrbach (Pfalz): „Der Parteitag macht dem Parteivorstand zur Pflicht, alljährlich Reichstagsabgeordnete zu gewinnen, die nach Schluß des Reichstages in allen rückständigen ländlichen Wahlkreisen in öffentlichen Volksversammlungen Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei im Reichstage zu erstatten haben.“

23. Neustadt in Holstein: „Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand muß alljährlich mindestens einmal auf seine Kosten eine Agitationstour durch einen Reichstagsabgeordneten in den schwachen Wahlkreisen vornehmen lassen.“

24. 4. sächsischer Reichstagswahlkreis: „Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung zu treten, daß letztere die Führer der Gewerkschaften veranlaßt, ihre Mitglieder entschiedener auf die politische Organisation und die Parteipresse hinzuweisen.“

25. Breslau: Der Parteitag wolle beschließen: „Es ist eine rege Agitation gegen den Militarismus in den breitesten Volkskreisen zu entfalten. Zu diesem Zwecke hat der Parteivorstand alljährlich wie in diesem Jahre zu Zeiten der Rekrutenaushebung Flugblätter herauszugeben. Ebenso haben auch die örtlichen Parteiorganisationen durch Volksversammlungen mit entsprechenden Themata die Agitation zu betreiben, wobei auch die Arbeiterpresse mit durchgreifenden Artikeln große Dienste erweisen wird.“

26. 10. württembergischer Reichstagswahlkreis: Der Parteitag möge beschließen: „Den Parteivorstand zu beauftragen, das Deutsche Reich in Agitationsbezirke einzuteilen und je nach Bedürfnis besoldete Agitationsleiter anzustellen.“

(Fortsetzung folgt.)

Wo ist da der Staatsanwalt?

Unser Parteiblatt in Halle a. d. S. veröffentlicht einen umfangreichen Artikel, der einen Fall vierfachen Sitten-Verbrechens, begangen durch einen Bergwerks-Direktor, und die Weigerung der Staatsanwaltschaft und der Gerichte, Anklage zu erheben, behandelt. Weil der Fall für die „vollendetsten Rechtsgarantien“ kennzeichnend ist, veröffentlichen wir den Tatbestand; das Publikum mag danach sein Urteil bilden.

Gegen Mitte Oktober 1905 half die 13¾ jährige Frida Grabolle ihrem Pflegevater, dem Berginvaliden Friedrich Lange in Zipsendorf, bei Arbeiten im Garten des Direktors Haase jun. Da trat Haase hinzu und fragte das Mädchen: „Frida, hast Du schon meine schönen Tauben gesehen? Komm, ich will sie Dir zeigen.“ Das Mädchen hatte sichtbarerweise keine Lust, mitzugehen, bis ihr Pflegevater, der nichts Böses ahnen konnte, ihr sagte, sie möge nur mitgehen, er habe nichts dagegen. Jetzt ging Frida mit Haase jun., einem etwa dreißigjährigen Manne, mit in dessen Haus. Dem alten Lange fiel das lange Wegbleiben seiner Pflegetochter auf, doch machte er sich weiter keine Gedanken darüber. Als er nach Hause ging und Frida war noch nicht zurück, warf er zwar einen Blick in das Haus, ging dann aber seiner Wege. Am nächsten Tage teilte Frau Lange, die wirkliche Mutter der Frida, ihrem Manne mit, Frida habe schweres Erbrechen gehabt. Jetzt stieg in Lange ein unbestimmter Verdacht auf. Die auffällige Leutseligkeit Haases, dem Mädchen die Tauben zeigen zu wollen, erschien dem alten Lange nun in anderem Lichte. Er erwiderte deshalb seiner Frau, ihm scheine das nicht mit rechten Dingen zuzugehen. Da die Frau jedoch das Erbrechen auf den zu reichlichen Genuß von Pflaumen zurückführte, beruhigte sich Lange zunächst, ohne jedoch von da ab einen unbestimmten Verdacht gegen Haase los werden zu können. Und als das Uebelbefinden Fridas nicht weichen wollte, bat am nächsten Tage Lange seine Tochter, die Arbeiterfrau Alma Steinmetz in Zipsendorf, sie möge doch Frida einmal ins Gebet nehmen. Das geschah, als Frida an diesem Tage aus der Schule gekommen war. Frida gestand ihrer Stiefschwester, Haase habe sie viermal gehabt, aber die Schwester möge nur ja den Eltern nichts sagen, da sie sonst Strafe kriegen werde. Frau Steinmetz kehrte sich natürlich nicht an diesen Wunsch, sondern teilte das Geständnis ihrer Mutter, der Frau Lange, mit, der gegenüber dann Frida das Geständnis wiederholte. Frida erzählte: Im August, als sie ihrem in Haases Garten arbeitenden Pflegevater Lange Kaffee gebracht hatte, sei Haase an sie herangetreten und habe gefragt: „Frida, hast Du schon meine schöne Stuben und die schönen Möbel gesehen?“ Als Frida diese Frage verneinte, habe Haase gesagt: „Komm', ich will Dir alles zeigen.“ Darauf habe Haase sie durch alle Zimmer geführt bis in sein Privatkontor. Dort habe er, nachdem er die Tür zugeschnappt hatte, Frida auf dem Sofa geschlechtlich gebraucht und ihr streng verboten, zu schreien oder ihren Eltern etwas zu sagen. Frida habe zwar geweint und sich gewehrt, sie sei aber so verängstigt gewesen, daß sie schließlich den Haase habe gewähren lassen. (Man weiß, was ein allmächtiger Grubendirektor in einem Dorfe, dessen Einwohnerschaft fast von ihm allein wirtschaftlich abhängig ist, für eine Rolle spielt.) Zudem habe sie gedacht, der Direktor könne doch nichts böses tun. Einige Zeit darauf, so erzählte nun Frida ihrer Mutter und der Stiefschwester weiter, habe Haase sie noch einmal in seinem Kontor vorgenommen, ein drittes Mal in einer Kammer. Frau Lange unterrichtete selbstverständlich ihren Mann sofort von der Beichte Fridas. Lange schrieb darauf an Haase einen Brief, worin er sagte, Haase wisse wohl, was er mit dem Mädchen vorgehabt habe; Lange müsse unbedingt dem Vormund Fridas die Sache anzeigen. Das hat Lange auch noch an demselben Tage getan. Am Abend schickte nun Haase seinen Burschen in die Wohnung Langes und ließ diesen bitten, einmal zu Haase zu kommen. Lange ließ antworten, er komme nicht, da er sich zu müde fühle; außerdem möge Haase nur zu ihm kommen, wenn er etwas gegen den Brief einzuwenden habe. Eben war Langes Schwiegersohn, der Arbeiter Steinmetz, bei Lange, als jemand die Türklinke bewegte. Steinmetz, der den Besuch eines Kameraden vermutete, rief: „Nach außen geht die Tür auf!“ Plötzlich trat Haase in die Stube. Er nahm Lange in die Kammer, gab hier den Geschlechtsverkehr mit Frida zu und bat in beweglichen Worten, die Sache nicht anzuzeigen. Haase versprach, Lange — ein gebrechlicher alter Mann — solle Aufseher werden, er solle freie Feuerung bekommen, für Frida solle gesorgt werden, er wolle alles tun, koste es, was es wolle. Lange erwiderte, was er könne, werde er tun. „Ihretwegen nicht, sondern Ihrer lieben Mutter wegen, die mich in meiner Krankheit nicht verlassen hat, und um unsere große Schande zu verdecken.“ Haase fragte dann noch, was werden solle, wenn Frida ein Kind bekomme. Da müsse sie doch den Vater nennen. Lange konnte darauf keine Auskunft geben. Lange und seine Familienmitglieder schwiegen streng über das Vorkommnis, nicht um Haases willen, sondern weil sie glaubten, die ganze Familie sei geschändet, wenn die Sache ruchbar werde. Lange brachte Frida nach Naumburg zu seinem dort verheirateten Sohne. Einige Wochen später, etwa am 8. oder 9. November, ließ Haase den alten Lange zu sich rufen und erklärte ihm: „Ich bin beim Staatsanwalt gewesen! Die Frida, das Ferkel, lasse ich in Korrektion bringen, und Sie bringe ich ins Gefängnis, wenn Sie was veröffentlichen!“

Aus aller Welt.

Der 16. Kongreß der deutschen Vereine der Naturheilkundigen tagte in Leipzig. Er beauftragte die Vereinsleitung, eine energische Stellungnahme in Sachen der Kurierfreiheit gegenüber den Behörden einzunehmen und eine bessere Förderung der prinzipiellen Vertretung der Naturheillehre und Gesundheitspflege auf naturwissenschaftlich und volkswirtschaftlich fortschrittlicher Grundlage anzustreben.

Eine Nürnberger Bombengeschichte. In ihrem lebhaften Drange, dem Umsturz den Garaus zu machen und den Staat vor dem Untergange zu bewahren, zieht sich die Nürnberger Polizei eine Blamage nach der anderen zu und eine ist immer unsterblicher als die andere. Ihre neueste Leistung ist die Entdeckung einer Bombenfabrik. Bei einem streikenden Schlosser der Unionwerke erschienen Morgens, als er noch im Bette lag, drei Schutzleute, um ihn zu verhaften. Der Mann war der Polizei denunziert worden, daß er sich mit der Bombenfabrikation beschäftige, und die Polizei, die schon wiederholt von Witzbolden oder Denunzianten in ähnlicher Weise genarrt wurde, fiel auch auf diese Geschichte pünktlich hinein. Der schlimme Mensch sollte also durch seine Verhaftung unschädlich gemacht werden. Zuvor aber wurde seine Wohnung einer strengen Durchsuchung unterzogen. Alles wurde durcheinandergewühlt und auf das genaueste betrachtet. Da kamen sie an einen Koffer, der mit einer Unmasse von technischen Zeichnungen angefüllt war, und diese erregten ihre besondere Aufmerksamkeit. Als sie dabei drei Zeichnungen fanden, die rätselhafte Gegenstände von runder Form darstellten, da war in ihren Augen der Verbrecher vollständig überführt; das konnten nichts anderes als Zeichnungen sein, nach denen Bomb[illegible]rtigt wurden. Selbstverständlich wurden sie sofort konf[illegible] als corpus delicti zu dienen. Der Mann wurde abg[illegible] Zeit darauf wurde auch ein guter Freund von ihm, ein [illegible] beschäftigter Modellschreiner, verhaftet, der verdächtig war, seinem Freunde bei dessen verbrecherischem Tun hilfreich an die Hand gegangen zu sein. Sie wurden erst von einem Polizeibeamten peinlich vernommen, die verstockten Sünder verstanden sich aber nicht zu dem geringsten Geständnis, am anderen Tage wurden sie dann dem Amtsrichter vorgeführt, der nochmals ein strenges Verhör mit ihnen anstellte, aber ebenfalls nichts aus ihnen herausbrachte. Er wollte gar nicht glauben, daß von den verdächtigen Zeichnungen die eine einen gewöhnlichen Kreis, die andere einen Milchzerteiler für eine Zentrifugentrommel darstellten! Da man weder fertige Bomben noch Bombenmaterial fand, mußten die beiden Sünder nach anderthalbtägiger Haft wieder entlassen werden; die Zeichnungen wurden aber zurückbehalten. Anscheinend will man erst noch einen Sachverständigen befragen, ob es sich nicht doch um Bombenzeichnungen handelt. —

Auch ein Pädagoge. Die große Seestadt Leipzig erfreut sich eines Schuldirektors Käfer, der in letzter Zeit durch seine eigenartigen pädagogischen Maßnahmen viel von sich reden machte. Seine neueste Leistung verdient, weiteren Kreisen bekannt zu werden. In den Leipziger Schulen findet alljährlich am St. Sedanstage eine Verteilung von Ehrengeschenken an solche Schüler und Schülerinnen statt, die sich durch besonderen Fleiß ausgezeichnet haben. Da hat nun Herr Käfer einem Mädchenlehrer erklärt: „So eine wie die W. bringen Sie mir nicht wieder zur Prämiierung. Ich habe mich geschämt, wie die in ihren Kattunfähnchen dagestanden hat.“ Die Lehrer würden also dafür zu sorgen haben, daß arme Kinder sich künftighin nicht mehr durch besonderen Fleiß auszeichnen. Nur Kinder bemittelter Eltern dürfen noch zur Prämiierung geschickt werden. So will es der Direktor der Volksschulen.

Maxim Gorki schwer erkrankt. Aus Petersburg meldet uns ein Telegramm: Hiesigen Blättermeldungen zufolge ist Maxim Gorki schwer erkrankt. Sein Brustleiden hat eine schlimme Wendung genommen.

Diebstähle à la Wrede. In Nagy-Maros wurden im Hotel „Zum König von Ungarn“ Silberdiebstähle wahrgenommen. Nunmehr wurde die Diebin in der Person einer reichen Dame, die dort zum Sommeraufenthalt weilt, entlarvt. Bei der in ihrer Villa vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde ein förmliches Arsenal von silbernen Gegenständen vorgefunden, die durchwegs aus verschiedenen Hotels stammen. Man fand nicht weniger als 71 silberne Löffel, 24 silberne Servierplatten und 29 silberne Zuckerbehälter. Auch 30 Servietten, aus Hotels stammend, wurden vorgefunden. Auch diese den besseren Gesellschaftskreisen angehörende Diebin soll an Kleptomanie leiden, daher wurde von einer Strafanzeige abgesehen. Die kleinen Diebe hängt man auf, die großen läßt man laufen.

Weibliche Kavallerie. Fräulein M. in Passenheim, Ostpreußen, eine erwachsene Bürgerstochter, erhielt dieser Tage vom Bezirkskommando in Ortelsburg einen Gestellungsbefehl zugesandt, worin ihr die Mitteilung gemacht wird, daß sie zur Kavallerie angesetzt sei und sich am 10. Oktober an Ort und Stelle zu melden hätte. — Haben wir jetzt schon Amazonen-Regimenter?

Die Oberin als vielfache Kindesmörderin. Unter dem schweren Verdacht vielfachen Kindesmordes ist die Vorsteherin Zeiler des vom katholischen Mariahilfsverein in Perlach gegründeten Erholungsheims für arme Kinder verhaftet worden. Die Untersuchung erstreckt sich auf sieben Fälle.

Neue Erdstöße in Italien. Aus Mailand meldet der Telegraph: Seit drei Tagen werden in verschiedenen Provinzen Italiens neue Erdstöße verspürt. Dieselben waren besonders in den Ortschaften Perni und Tarabia heftig.

Kleine Chronik. Aus Hahn im Taunus wird berichtet: Am Uebergang der Wiesbaden-Schwalbacher Bahn über die gleichnamige Chaussee stieß der Wiesbadener 8 Uhr-Zug auf einen Bierwagen, tötete den Fuhrmann und die Pferde und zertrümmerte den Wagen. — Gestern Vormittag fuhr ein Personenzug auf einem Ueberweg des Bahnhofs **Wehlau** das Fuhrwerk des Kaufmanns Strehlau aus Altenburg an, weil die Schranke nicht geschlossen war. Strehlau und Postverwalter Perrei wurden ernstlich, aber nicht lebensgefährlich verletzt, das Pferd getötet. — Man meldet aus Zoppot: Die Fischer Krest und Schrötke aus **Gletkau** sind beim Flunderfang ertrunken. Die Segel wurden vom Winde umgeschlagen und das Boot sank mit den Fischern in die Tiefe. — In **Geestemünde** hat der Fischdampfer „Herbert“ 9 Mann gelandet, die er vom sinkenden Dampfer „Gösta“ in der Nordsee rettete. — Von der elektrischen Straßenbahn überfahren wurden in **Frankfurt am Main** eine Frau und zwei kleine Mädchen. Die Frau erlitt einen Beinbruch, die beiden Kinder waren sofort tot. Das jüngere Mädchen, das mehrere Meter mitgeschleift wurde, war bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. — Zu der Massenvergiftung durch Schabefleisch in **Berlin**, über die wir bereits gestern berichteten, ist zu bemerken, daß die Zahl der bis jetzt zur ärztlichen Kenntnis gebrachten Vergiftungsfälle auf 60 gestiegen ist. — Aus **Dortmund** wird gemeldet: Auf Zeche Kaiserstuhl, Schacht 4, auf der zweiten Sohle, brach heute Vormittag Grubenbrand aus. Ein Bergmann erlitt einen Unfall, ein anderer atmete giftige Gase ein und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Gegen Mittag war der Brand gelöscht. Morgen kann die Frühschicht wieder anfahren. — Im Bingerbräu in **Metz** wurden drei elegant gekleidete Franzosen verhaftet, die beschuldigt sind, gefälschte und wertlose ausländische Papiere in Metz und Umgegend verkauft zu haben. — Man meldet aus **Los Angelos**: Zwanzig Meilen südlich von Santa Barbara entgleiste heute ein nach Süden gehender Zug. Drei Wagen stürzten den Bahndamm herunter, 26 Reisende sind verletzt, die meisten nur leicht.

* * *

Heiteres.

Breslauer Kinder. Nu wollen wir mal „Der Kaiser kommt“ spielen. — Mir wär's schon recht, aber's geht nicht! — Warum denn nicht? — Weil wir halt zu wenig sind, bloß vier Mann, und dazu brauchen wir doch viel mehr Schutzleute.

(„Ulk“.)

Jetzt brach bei Lange die langverhaltene Entrüstung in voller Stärke aus. Er wendete sich zum Gehen, schlug mit der Faust auf die Türklinke und sagte: „Nun ist's aus, noch heute zeige ich Sie an." Lange tat das. Er ging noch am Abend zum Gendarmen, den er zunächst nicht antraf. Am nächsten Morgen aber erstattete Lange seine Anzeige zu Protokoll, und der Gendarm sandte die Anzeige der Staatsanwaltschaft zu Naumburg ein. Bald darauf wurde Frida in Naumburg zur Vernehmung geladen. Langes Schwiegertochter begleitete das Mädchen nach dem Gerichte und wollte bei der Vernehmung anwesend sein. Der Staatsanwalt fragte jedoch, ob die Frau mit geladen sei, und auf ihre verneinende Antwort hieß er sie hinausgehen. Die Frau hat draußen auf dem Korridor gewartet. Die Vernehmung hat drei Stunden gedauert, von 5 bis 8 Uhr Nachmittags. Frida hat erklärt, der Staatsanwalt habe sie wiederholt und eindringlichst zu bewegen gesucht, die Beschuldigung gegen Haase zurückzunehmen; er habe gesagt, wie sie so etwas von einem solchen Manne behaupten könne, der ihrem Vater eine Stellung geben und sie als Dienstmädchen haben wolle. Frida habe nur immer wieder bestätigen müssen, Haase habe sie doch gehabt. Im Dezember hat der alte Lange an seinen Sohn in Naumburg einen Brief geschrieben, in dem er sein Pflegekind dringend auffordern ließ, streng bei der Wahrheit zu bleiben. Obwohl der Brief ganz privatim durch die Post gesendet wurde, ist kurz darauf in der Wohnung von Langes Sohn in Naumburg von der Polizei nach dem Briefe in allergründlichster Weise gehaussucht worden. Leider ist der Brief nicht mehr vorhanden gewesen. Leider! denn sonst wäre durch den Brief selbst am besten die Vermutung des Staatsanwalts, Lange beeinflusse seine Pflegetochter, widerlegt worden. Doch besitzt diese Episode keine weitere Bedeutung; sie ist nur zur Kennzeichnung der ganzen Situation von Wert. Für die Frida war die Haussuchung in Naumburg insofern wichtig, als Langes Sohn sich infolge polizeilichen Besuches weigerte, das Mädchen noch länger bei sich zu behalten. Frida kehrte nach Zipsendorf zurück. Der *Kreisphysikus* in Zeitz hat Anfang dieses Jahres das Mädchen in Langes Gegenwart untersucht und *konstatiert, daß sie geschlechtlich gebraucht worden ist*; ob sie schwanger sei, vermochte er nicht festzustellen. (Eine Schwängerung ist, wie sich inzwischen ergeben hat, nicht eingetreten.)

Eine Zeit darauf *forderte Haase den alten Lange vor den Schiedsrichter*. In dem Antrage Haases auf Anberaumung eines Sühnetermins heißt es: „Wilhelm Lange beschuldigt mich, mit seiner minderjährigen Stieftochter Frida in geschlechtlichem Verkehr gestanden zu haben, so daß diese schwanger ist. — Ich will versuchen, mich mit ihm gütlich zu einigen und bitte um einen Termin zur Sühneverhandlung. Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben. Ad. Haase." *Obwohl Lange nicht zu dem Termin erschienen ist, hat Haase nicht geklagt.*

Was tat nun die königlich preußische Justiz in der Sache? Die Anzeige gegen Haase wegen wiederholten Sittenverbrechens ist durch den Ortsgendarmen bei der *Staatsanwaltschaft Naumburg* erstattet, von dieser aber die Strafverfolgung *abgelehnt* worden. Dieser ablehnende Bescheid ist vom Naumburger Oberstaatsanwalt und in letzter Instanz vom dortigen Oberlandesgericht aufrecht erhalten worden. *Der Herr Bergwerksdirektor bleibt also unbehelligt.* Warum? Darum! In der Begründung seines ablehnenden Bescheides sagt der Staatsanwalt: „Jedenfalls liegt kein Grund vor, den Angaben Ihrer Tochter größeren Glauben zu schenken, als denen des Beschuldigten (!!), zumal ihre Schilderung der einzelnen Vorgänge an sich schon nicht sehr wahrscheinlich (!) klingt." Basta! Interessant ist auch noch folgende Stelle: „Sie haben dann weiter behauptet, der Beschuldigte habe Ihnen gegenüber seine Verfehlungen mit Ihrer Tochter zugegeben. Ihr Schwiegersohn Steinmetz hat Ihre Angaben auch bestätigt. *Der Beschuldigte* stellt aber den Sachverhalt *wesentlich anders dar*. Er behauptet, Sie hätten ihn brieflich gebeten, zu Ihnen zu kommen, da es Ihnen sehr schlecht gehe. Als er sie daraufhin aufgesucht hat (dieser liebe, gute Haase, der einen Arbeiter aufsucht, weil es ihm schlecht geht!), hätten Sie sogleich in sehr erregter Weise auf ihn eingeredet und ihm dann schließlich den unsittlichen Verkehr mit Ihrer Tochter vorgehalten. Durch diese Beschuldigungen sei er *völlig fassungslos* geworden, dann aber *scheinbar auf Ihre Vorhaltungen eingegangen* und habe Sie gebeten zu schweigen und zu ihm zu kommen. Er will das lediglich getan haben, um zunächst mal von Ihnen fortzukommen und sich in *Ruhe zu überlegen*, wie er einem derartigen Vorwurfe am besten begegnen könne."

Das *glaubt* der Staatsanwalt dem Beschuldigten! Dieser ist, das sei wiederholt, *Bergwerksdirektor* und *Reserveleutnant*!

Die russischen Wirren.

Gotz †.

Sonnabend früh verschied in einem Berliner Sanatorium M. Gotz (Rafailoff) nach einer an ihm vollzogenen Rückenmark-Operation.

Gotz, der bekannte Redakteur des Organs der russischen Sozialistischen Revolutionäre, litt bereits seit 3½ Jahren an der Krankheit, die eingesetzt hatte, kurz nachdem er auf Verlangen russischer Spitzel im März 1903 in Neapel verhaftet worden war. Mit Hilfe von Vertretern der sozialistischen Partei Italiens gelang es damals, ihn vor der Auslieferung an die russischen Schergen zu retten, und Nikolaus II. mußte damals auf seine italienische Reise verzichten — so groß war die Entrüstung über die geplante Liebedienerei gegenüber den russischen Behörden.

Trotz der ungeheuren Opfer, die die russische Rebellion von *allen* Revolutionären fordert, gab es doch nur wenige, die so viel für ihre Idee und für ihren Freiheitsdrang zu leiden hatten wie Gotz. Mit 20 Jahren bereits war er auf dem Wege nach Sibirien! — Im Jahre 1889 befand er sich als administrativ Verschickter in Jakutsk, wo ein neuer Gouverneur die Verbannten unsäglich schikanierte und sie endlich nach Kolymsk zu bringen befahl, in ein mörderisches Klima und unter Reiseverhältnissen, daß sie unterwegs alle gestorben wären, wenn sie die ganze Reise zurückgelegt hätten. Aber die Verbannten verbarrikadierten sich in einem Hause und beschlossen, dem Befehle des neuen Gouverneurs nicht Folge zu leisten. Das Haus ward von den Behörden beschossen; sechs Verbannte wurden getötet und mehrere schwer verwundet. Die übrigen wurden vor Gericht gestellt, drei von ihnen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Gotz wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt und gelangte so nach Wiljuisk, wo man ihn in demselben Hause einschloß, in welchem einst Tschernyschewski gewohnt hatte. — Später kam Gotz in die Bergwerke von Akatui. Eine Reihe „Manifeste" milderte allmählich sein Schicksal; er gelangte in die Reihen der freiwohnenden Sträflinge, dann der Ansiedler, endlich im Jahre 1898 nach Rußland zurück.

Das heiße Verlangen, für die Freiheit des russischen Volkes zu kämpfen, machte ihm den Aufenthalt in Rußland unmöglich. Er mußte Emigrant werden, um vom Schweizer Boden aus für eine bessere Zukunft seines Volkes zu arbeiten. Leider machte sehr bald die schwere Krankheit größeren Arbeiten ein Ende. Aber auch in seinem elenden Zustande hörte Gotz nicht auf, regen Anteil am Parteileben zu nehmen. Wie tragisch, daß sein einziger Wunsch: den Sieg der russischen Revolution noch mit zu erleben — nicht in Erfüllung gehen sollte!

Das Verbrechen von Siedlce.

Die Nachrichten, die aus Siedlce bisher eingelaufen sind, lassen die Größe des Verbrechens, das dort verübt worden ist, noch nicht klar erkennen. Die Soldateska war vorsichtig genug, die unglückliche Stadt von der Außenwelt vollständig abzusperren. Aber eins ergibt sich doch schon aus den bisherigen Berichten: das System des Mordens ist in ein neues Stadium getreten. In Siedlce ist zum ersten Male jener *Programmpunkt* des schwarzen Hunderts zur Ausführung gelangt, der da lautet, wenn eine Stadt oder eine Ortschaft die Revolutionäre, die es unter den Bürgern gibt, nicht ausliefert, so wird ein Blutbad unter den Einwohnern angerichtet. Nachdem sich die Polizei, nachdem sich das Militär unvermögend erwiesen haben, die Revolution einzudämmen, soll nunmehr verfahren werden, wie eine Armee in Feindes Land verfährt, wenn dort Zivilisten sich am Kampfe beteiligen. In Siedlce ist wirklich die Aufforderung an die Bevölkerung ergangen, die Revolutionäre auszuliefern; als die Bevölkerung hierzu begreiflicherweise unvermögend war, verfuhr man mit Siedlce, einer russischen Stadt, als gälte es für einen Ueberfall in der Mandschurei Rache zu nehmen. Daß auch diese Taktik der Reaktion ergebnislos sein wird, ist unzweifelhaft. denn wenngleich nicht jeder Russe heute Bomben wirft, so ist doch fast jeder Russe vom Standpunkt der Reaktion aus ein Revolutionär, selbst die Heyden und L[illegible], die sich weigerten, in ein Ministerium Stolypin einzutreten. Das Verbrechen von Siedlce, das ganz nach dem Programm des schwarzen Hunderts verlaufen ist, wird neue Attentate zeitigen, und die Revolution noch blutiger gestalten; und am Ende kann nur der gewaltsame Zusammenbruch des jetzigen Regimes stehen, dessen Politik in nichts besteht, als in der brutalen Gewalttätigkeit, in dem Verüben brutalster Greuel.

Die Metzeleien in Siedlce.

Warschau, 12. September. Die Verletzten in Siedlce konnten bisher keine ärztliche Hilfe bekommen. Die in den Wohnungen versteckten Einwohner leiden Hunger und Durst. Die gebildeten Polen sind gezwungen, hinter den Mauern des Gefängnisses Zuflucht zu suchen. Für Siedlce ist ein neuer Polizeimeister ernannt worden. Die benachbarten Dörfer sind von Flüchtigen überfüllt.

Hamburg, 12. September. **Der „Neuen Hamburger Zeitung" wird aus Warschau gedrahtet, daß der Chef der militärischen Bewachung in Siedlce gestern von zwei Revolutionären erschossen wurde.**

Warschau, 12. September. Im jüdischen Krankenhause spielten sich grausige Szenen ab. In Räumen, die für zehn Kranke bestimmt sind, mußten siebzig Platz finden. Einschlagende Kugeln töteten eine zwanzigjährige Aufseherin, der Portier wurde verletzt, mehrere schon Verwundete getötet. Der Leiter der ganzen Metzelei war ein *betrunkener Dragoner-Oberstleutnant* namens Tichanowsky.

Soldaten des Wolhynischen Garderegiments suchten die vorgestern erfolgte Tötung von Kameraden dadurch zu *rächen*, daß sie in einigen Straßen blindlings auf die Passanten schossen. Etwa 30 Personen wurden verwundet, einige getötet. Die sozialdemokratische Partei beschloß, für Donnerstag einen eintägigen *Generalausstand als Protest* gegen die Vorgänge in Siedlce zu veranstalten.

London, 11. September. Die Sonderberichterstatter der englischen Zeitungen, welche von Warschau nach Siedlce eilten, übermitteln ihren Blättern entsetzliche Details über die Judenmassakers. Die Truppen, welche den Pogrom veranstalteten, gingen mit bestialischer Grausamkeit vor. Die Juden wurden nicht nur gemordet, sondern vor ihrem Tode grausam gemartert. Zahlreichen Männern wurden die Augen ausgestochen, den jüdischen Frauen Finger und Zehen abgeschnitten. Mehrere Juden wurden lebendig verbrannt, weil sie es vorzogen im brennenden Hause zu bleiben, anstatt sich den Peinigern auszuliefern. Alles in allem scheint der Pogrom von Siedlce denjenigen von Bialystok übertreffen zu haben, wenn auch nicht an Zahl der Opfer, so doch an Grausamkeit.

Wie es in Rußland jetzt aussieht.

Darüber können die nachfolgenden Telegramme eines einzigen Tages eine annähernde Vorstellung geben.

Odessa. Heute wurden etwa 200 politische Verbrecher nach allen Richtungen des Reiches transportiert. Die Mehrheit sind Arbeiter. Sie wurden von einer tausendköpfigen Menge begleitet. Die Kosaken warfen sich auf die Menge und bearbeiteten sie mit Nagaikas. Viele Verwundete.

N.-Nowgorod. Im Bezirke Semenow wurden heute einige Lehrer wegen Verbreitung des Wyborger Manifestes verhaftet. Die Gefängnisse sind überfüllt.

Ekaterinoslaw. Die noch nie dagewesene Anzahl der Ueberfälle und Raubanfälle sowie die Tatlosigkeit der Polizei veranlaßten die Stadtduma, um die Organisation einer Bürgerwehr zu petitionieren.

Kostroma. Heute Nacht wurde der Pristawgehilfe Kalinnikow durch zwei Revolverschüsse verwundet.

Grodno. Auf der Anlage neben dem Dom wurde durch drei Schüsse der Schutzmann Karpuk getötet.

Orel. Der Druckereibesitzer Alexin ist wegen Besitz von illegaler Literatur verhaftet.

Riga. Eine konspirative Wohnung der Anarchisten-Kommunisten ist entdeckt. Es wurden einige Mauser-Revolver gefunden. 10 Mann sind verhaftet.

Auf der Stolbowaja Straße wurde in einen Tramwaywagen eine Bombe geschleudert. Ein Passagier ist tot, ein Schutzmann verwundet.

Charbin. Am hellen Tage, auf einer belebten Straße neben dem Polizeirevier wurde ein Chinese von drei Reitern überfallen und beraubt (23,000 Rubel)!

Nikolajew. Hooligans haben auf den General-Gouverneur Stupin geschossen. Stupin ist unverletzt geblieben.

Mithau. Ein bewaffneter Ueberfall auf die Wolostjverwaltung. Die Dokumente sind vernichtet, die Gelder beraubt.

Jalta. Hooligans kamen in ein Haus und forderten Geld. Der Hauswirt wurde gezwungen, einen Check auf 500 Rubel zu unterzeichnen.

Samara. Plünderung einer Schnapsbude.

Uglitsch. Der Schutzmann Karasjew wurde von einem gewissen Samsonoff neben dem Polizeihaus erstochen.

Riga. Ein bewaffneter Ueberfall auf den Fabrikanten Rubinow, dem 100 Rubel abgenommen wurden.

Jaroslaw. Ein Ueberfall auf den Zug. Ein Fahrgast ermordet, einer verwundet.

Balachna. Ein bewaffneter Ueberfall.

Werchneprowsk. Ein bewaffneter Ueberfall.

Alle Telegramme beziehen sich auf den einen Tag im September. Der Tag ist kein außergewöhnlicher.

Partei-Angelegenheiten.

Die Parteischule. Die Agitationskomiteеs bezw. die Bezirksleitungen oder Landesvorstände ersuchen wir, die bei ihnen eingegangenen Gesuche um Aufnahme in den *Mitte November* beginnenden ersten Unterrichtskursus der Parteischule, mit ausführlichem Bericht versehen, bis zum 18. d. Mts. an die Adresse: J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, einzusenden.

Der Parteivorstand.

Von der „Jungen Garde", dem Organ des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands, ist in diesen Tagen die Nr. 6 erschienen. Die Auflage der „Jungen Garde" hat sich seit dem 1. April 1906 verdoppelt. Sie beträgt heute 4000. „Die junge Garde" ist durch alle Parteibuchhandlungen sowie durch die Post zu beziehen. („Die junge Garde" ist verzeichnet im 10. Nachtrag zur Zeitungspreisliste für 1906, Seite 2.) Waren es bei der Gründung des Verbandes neun Vereine mit etwa 600 Mitgliedern, welche sich anschlossen, so zählt der Verband heute 35 Ortsgruppen mit zirka 3000 Mitgliedern; der größte Teil der Ortsgruppen entfällt auf Süddeutschland, hauptsächlich die Pfalz, Baden und Hessen.

Am 30. September findet in Mannheim *die erste General-Versammlung* des Verbandes statt, die von großer Bedeutung für die Weiterentwickelung des Verbandes sein wird. Außer dem Geschäftsbericht, bei dem auch die Verschmelzungsfrage mit der Berliner Jugendorganisation zur Verhandlung kommt, stehen noch folgende Punkte auf der Tagesordnung: „Der deutsche Parteitag und die Jugendbewegung". Referent: Dr. Frank. „Die kapitalistische Ausbeutung der Jugend". Referent: Dr. Frank. „Jugend und Alkohol". (Referent wird noch bestimmt.) „Militarismus". Referent: Dr. K. Liebknecht.

Mögen die Verhandlungen der „Jungen Garde" den gewünschten Erfolg bringen.

Die Errichtung eines Parteisekretariats für den Reichstagswahlkreis *Anhalt I* ist von den dortigen Genossen beschlossen worden. Der Sitz des Sekretariats soll *Dessau* sein.

Genosse Perner, bisher an der „Forster Volksstimme", geht nach Abbüßung einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe als Lokal-Redakteur nach Brandenburg an unser dortiges Parteiblatt.

Auf sechs Monate hinter die Gefängnisgitter hat sich am vergangenen Montag Genosse Gustav *Riem* von der „Sächsischen Arbeiterzeitung" zurückziehen müssen. Genosse Riem hatte eine von Genossen Wendel verfaßte Skizze verantwortlich gezeichnet, die unter dem Titel „Im Garnisonlazarett" die im Militärkrankenhause herrschenden Zustände beleuchtete. Nach Ansicht des Gerichts sollten darin Beleidigungen verschiedener Offiziere und Unteroffiziere des Dresdener Garnisonlazaretts enthalten gewesen sein. Dafür mußten Wendel mit 300 Mark Geldstrafe und Riem mit sechs Monaten büßen. Diese Strafe wird den Unverbesserlichen natürlich auch nicht bessern.

Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von *Franz Mehring* wird, wie der Verlag Dietz Nachf. in Stuttgart mitteilt, demnächst in *dritter* Auflage erscheinen. Der Preis des gut gebundenen Bandes wird 5 Mark betragen. Der Verlag sagt in seiner Ankündigung:

Für die zweite Auflage, deren unveränderter Abdruck als dritte Auflage jetzt vorliegt, ist das ganze Werk einer eingehenden Durchsicht und Revision unterzogen worden. Neben stilistischen Besserungen, die sich über alle Kapitel erstrecken, ist eine Anzahl von Versehen berichtigt, eine Reihe von Lücken ausgefüllt, und namentlich alles, was inzwischen an neuen Forschungen über die Geschichte der Sozialdemokratie erschienen ist, in dem Text verarbeitet worden. Um den Gebrauch des Buches für praktische und wissenschaftliche Zwecke zu erleichtern, ist die innere Gliederung des Stoffes übersichtlicher gestaltet und in sechs Bücher geteilt worden, die den modernen wissenschaftlichen Kommunismus, die Märzrevolution und ihre Folgen, die Agitation Lassalles, den Streit der Fraktionen, die Einigung der Partei und ihre Geschichte unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes behandeln. Ein Blick auf die neueste Entwickelung der deutschen Sozialdemokratie schließt das Werk, das auch noch um ein Personenregister vermehrt worden ist.

Führer durch die Militärpensions-Gesetze. Durch die Gesetze vom 31. Mai 1906 über die Pensionierung der Offiziere, sowie über die Versorgung der Personen der Unterklassen des Reichsheeres, der Marine und der Schutztruppen ist den Klagen der beteiligten Kreise wenigstens zum Teil abgeholfen worden. Der vorliegende, im Verlage der „*Vorwärts*"-Buchhandlung erscheinende Führer bringt eine kurze Schilderung des Offizierpensions-Gesetzes und eine ausführliche Erläuterung des Gesetzes über die Versorgung der Personen der Unterklassen. Allen Interessenten sei der sachkundig zusammengestellte Führer bestens empfohlen. Der Preis beträgt 50 Pf. Ueber die früher im gleichen Verlage erschienenen Gesetzesführer gibt das Schriftenverzeichnis der Buchhandlung „Vorwärts" Auskunft, das auf Bestellung gratis und franko zugeschickt wird.

Der Nationalrat der sozialistischen Partei Frankreichs hat am 2. September eine Sitzung abgehalten. Der Genosse Dubreuilh gab den Bericht der Parteileitung. Die glänzenden Erfolge der letzten Wahlbewegung habe auch die Organisation der Partei in günstiger Weise beeinflußt; die Zahl der Mitglieder ist auf 52,000 gestiegen. Berichte sind von 35 Föderationen eingegangen. Einige Klagen über finanzielle Schwierigkeiten, aber alle berichten, daß im übrigen die Organisationen in der besten Verfassung sich befinden und ein reges Parteileben überall vorhanden sei. Viele Neugründungen von Ortsgruppen sind zu verzeichnen und in vielen Gruppen hat sich die Mitgliederzahl mehr als verdoppelt. Beklagt wurde, daß in vielen Städten, namentlich im Süden, noch immer verschiedene Gruppen nebeneinander bestehen, obgleich sonst eine vollständige Einigung unter den Genossen erzielt sei. Der Nationalrat stimmt einer Resolution zu, worin der Wunsch ausgedrückt wird, die Federationen möchten eine vollständige Verschmelzung anstreben, da es sonst leicht wieder zu Mißverständnissen kommen könne. Es folgen Statutenberatungen, Bericht der Delegierten zum Internationalen Sozialistischen Bureau. Der diesjährige Nationalkongreß wird vom 1. bis 4. November in Limoges tagen. Die Tagesordnung wird endgiltig festgesetzt; sie enthält außer den üblichen Berichten noch folgende Punkte: Aenderungen des Parteistatuts; das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft; das Listenskrutinium und Proportionalwahl; Ausdehnung des Wahlrechts für die Frauen; Landagitation und Agitation unter den Seeleuten; die Nationalitäten; der Militarismus und der Krieg; Internationale Aktion der Arbeiterklasse; der Sozialismus und Patriotismus; Sozialistische Partei und Freimaurertum; Partei; Tageszeitung; Wahlen usw.

Arbeiterbewegung.

Die Geistlichkeit und der Streik. In der Passauer „Theologisch-praktischen Monatsschrift", Zentralorgan der katholischen Geistlichkeit in Bayern, veröffentlicht der *Augustinerpater Jordan* (Freising) einen Artikel über katholische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften. Der Verfasser verlangt darin, daß der Geistliche die Berechtigung der christlichen Gewerkschaften nicht bloß *theoretisch anerkennen, sondern sie auch praktisch fördern und unterstützen soll.*

„Wenn wir es dem Geistlichen nicht verargen, sobald er zur Gründung christlicher Bauernvereine nicht bloß die Hand bietet, sondern geradezu oft selber die Anregung gibt, oder wenn er den verschiedenen bürgerlichen Genossenschaften seine Kräfte zur Verfügung stellt, dann kann man es nicht als „guten Rat" bezeichnen, wenn man einem Konfrater zumutet, er solle sich nicht um diese „schwarzen Sozialdemokraten" kümmern. Es ist darum total verfehlt, wenn ein Prediger auf der Kanzel vor sehr vielen Arbeitern den Ausspruch tut, sie *könnten mit ihrem Los zufrieden sein*, sie sollten mit ihrem Gelde sparsamer umgehen und *nicht zu viel in das Bierglas schauen*. Ich hörte diese Worte selber mit an. Den anwesenden Sozialisten war das ein willkommener Brocken. In ihren Versammlungen konnte man hören: die Geistlichen haben jahrelang herumgestritten und ganze Zeitungsnummern mit ihrer Aufbesserung ausgefüllt, und wirft man ein berechtigtes Streben nach Verbesserung unserer miserablen Lage von der Kanzel herab vor. Ich gestehe, daß

es für einen in einer sozialdemokratischen Versammlung anwesenden Geistlichen keine peinlichere Situation geben kann."

Der Verfasser erkennt auch als letztes Mittel bei den Bestrebungen der Arbeiter um Aufbesserung ihrer Lage den Streik als berechtigt an. Den christlichen Gewerkschaften, so meint er, könne man so bald nicht den Vorwurf machen, daß sie leichtfertig streiken: „Die Führer der christlichen Gewerkschaften besitzen hierin soviel Gesetzeskenntnis, Klugheit, Takt und christlichen Gerechtigkeitssinn, daß die Arbeiterschaft ihnen vertrauen kann."

Wenn nun alle diese Voraussetzungen zutreffen: wenn das Streben der Arbeiter nach Besserung ihrer Daseinsbedingungen berechtigt ist, wenn ihnen das Recht der Koalition und des Ausstandes zusteht, wenn die Gesetzeskenntnis, die Klugheit und der Takt die Gerechtigkeit eines Ausstandes der christlichen Arbeiter verbürgen, und wenn bei alledem die Geistlichen die Pflicht haben, die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu unterstützen — was wäre aus alledem die unausbleibliche Folgerung? Doch ohne Zweifel das eine: daß die Geistlichen erst recht in der Stunde des Kampfes, also des Ausstandes, sich auf die Seite der Arbeiter stellten. Aber diese Folgerung zieht der Herr Pater nicht, im Gegenteil, er meint:

„Die allerschwierigste Stellung hat der Geistliche bei einem Streik. Hier handelt er am besten, wenn er nicht in den Kampf eingreift, sondern sich neutral verhält. Vor einem hüte er sich ganz besonders: vor der Stellungnahme gegen die Arbeiter."

Die praktische Förderung und Unterstützung der christlichen Gewerkschaften durch die Geistlichen besteht also darin, daß die gesalbten Herren die Arbeiter in der Stunde der Not im Stiche lassen, daß sie gerade dann, wenn den Arbeitern Hilfe und Unterstützung am nötigsten ist, versagen und mit verschränkten Armen bei Seite treten — unbekümmert darum, ob die Arbeiter für die beste Sache auf der Welt: für die Milderung ihres Elends, für ihr Recht und ihre Menschenwürde kämpfen. Der Herr Pater hält es [illegible] noch für nötig, die Geistlichen zu warnen, etwa gegen die Arbeiter Partei zu nehmen und sich auf die Seite des Kapitals zu stellen! Man sieht, welcher Verlaß auf die Vertreter der „christlichen Nächstenliebe", auf die angeblichen Freunde der Armen und Bedrängten ist, wenn es gilt, Farbe zu bekennen!

Der Kohlenarbeiterstreik in Berlin. Auf beiden Seiten wird mit Hartnäckigkeit weitergekämpft. Mehrere Hundert Kohlenwaggons harren am Schlesischen Bahnhof der Entladung. Vergebens erwarten die Kohlengroßhändler, daß die Reihen der Streikenden wankend werden. Von verschiedenen Betrieben wird gemeldet, daß die Arbeitswilligen oft so schnell wieder davonlaufen, wie sie gewonnen werden. Ein Schiffer, der in der letzten Versammlung der Streikenden erschien, teilte mit, daß 67 Kahnladungen Kohlen auf Arbeiter warten. Vereinzelt haben sich Streikende verleiten lassen, die Arbeit aufzunehmen, aber die große Masse hält fest zusammen. Verschiedene Großhändler kamen dieser Tage wieder zur Beratung zusammen. Für manchen kleinen Kapitalisten wird die Lage immer bedenklicher, was die größeren natürlich mit einem heimlichen Vergnügen sehen.

Für den Anschluß an den Holzarbeiterverband erklärte sich der Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend durch eine Urabstimmung. Für den Anschluß erklärten sich 993 Mitglieder, gegen den Anschluß 457 Mitglieder. Als Zeitpunkt des Uebertritts wurde der 1. Oktober bestimmt.

190 Rheinflößer sind in den Streik getreten, weil die Arbeitgeber ein Gesuch um Lohnerhöhung ablehnten.

Streik der Konfektionsarbeiter in Berlin. Der Streik der Konfektionsarbeiter, die bei Zwischenmeistern arbeiten, ist am Montag ausgebrochen. Bekanntlich haben auch die Zwischenmeister Forderungen an die Konfektionsfirmen eingereicht.

Aus den Gerichtssälen.

Mit Kartoffeln und Brot nicht zufrieden

mochten zwei Zwangszöglinge gewesen sein, die von der Erziehungsanstalt Wohlau bei einem Bauern und einem Gastwirt in Groß-Kreidel untergebracht waren. Beim Gastwirt hing aber Fleisch von einem selbstgeschlachteten Schweine auf dem Boden, und so beschlossen sie, einen Schinken zu stehlen, ihn zu verbergen, und allmählich aufzuessen. In der Nacht vom 22. zum 23. April führten sie ihren Vorsatz aus. Der Zögling Gallus, der bei dem Gastwirt untergebracht war, lehnte eine Leiter an das Haus und stieg durch ein Fenster auf den Boden, während der andere, Stanislaus Orynek unten Schmiere stand. Der Gastwirt wurde indes gewahr, daß jemand auf dem Boden herumlief. Rasch sprang er aus dem Bett und, nur mit einer Unterhose bekleidet, und eine Laterne in der Hand, eilte er zum Hause hinaus, um zu sehen was los sei. Als er zum Hause heraustrat, wurde gerade ein schwerer Schinken aus dem Fenster herunter geworfen. Nun sah er auch den Orynek stehen und wollte ihn festhalten. Dieser schlug ihm aber mit einem Stocke die Laterne aus der Hand und versetzte ihm außerdem einen Schlag gegen den Kopf, sodaß das Blut herabfloß. Zunächst sah sich der Gastwirt nun veranlaßt, sich vom Blute zu reinigen und als er hierauf nach dem Boden ging, war dort niemand mehr zu sehen. Dem Gallus ist es möglich geworden, inzwischen nach der Schweiz zu entfliehen, während sich Orynek vor der Breslauer Strafkammer zu verantworten hatte. Er wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Ein beleidigter Oberbürgermeister.

Vor der Strafkammer in Dresden hatten sich die Redakteure Schlichting und Quanter der „Dresdener Rundschau", sowie der Verleger Herzog wegen Beleidigung des dortigen Oberbürgermeisters Beutler zu verantworten. Am 24. Februar d. J. erschien in genanntem Blatte ein Artikel, in welchem dem Oberbürgermeister vorgeworfen wurde, daß er bei der Enteignung eines dem Baumeister Mühlhaus gehörigen Grundstücks private Vorteile verfolgt habe. Den Anlaß zu diesem Artikel gab der Selbstmord des an Verfolgungswahn leidenden Baumeisters, der nach der „Rundschau" wegen der Enteignung erfolgt sein sollte. Vor Gericht gaben Bürgermeister Leupold und Stadtbaurat Klette, sowie die Stadtverordneten Reißmann und Glöß an, daß das Enteignungsverfahren lediglich erfolgt sei, um dem starken Verkehr der Reichenbachstraße zwischen Franklin- und Geinitzstraße einen Abfluß zu verschaffen, und daß von einem persönlichen Interesse des Oberbürgermeisters keine Rede sein könne. Zur Verlesung kam ein Passus aus dem Testament des Mühlhaus, welcher besagt: „Es bleibt mir weiter nichts übrig, als aus dem Leben zu scheiden; die Furcht vor dem Wahnsinn treibt mich dazu! Diese Rotte verfolgt mich immerzu!" Der Hausarzt des Selbstmörders bekundet, daß er auch ohne das gewaltsame Ende keine lange Lebensfrist mehr gehabt hätte, da sich Anzeichen einer Gehirnerweichung bemerkbar gemacht hätten. Die drei Angeklagten wurden zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus einem Berliner Hospiz.

Gegen den „Verein für innere Mission", eine Gründung des Hofpredigers Stöcker, machte vor dem Kaufmannsgerichte der Geschäftsführer Fritz Engert einen Gehaltsanspruch von 500 Mark geltend. Er war im Dezember v. J. für das Hospiz in der Königgrätzerstraße engagiert worden, konnte mit der Vorstandsdame des Hospizes, Fräulein Eichler, nicht ins Einvernehmen kommen. Seine Maßnahmen wurden durch die Dame stets durchkreuzt. So fand er bei seinem Eintritt einen Haussegen an der Haustür mit der Inschrift befestigt: „Gelobet sei der Herr Jesus Christus", während innen zu lesen war: „Bis früh um fünfe". Als er das Innenschild entfernt wissen wollte, befahl Fräulein E., es solle hängen bleiben. In den Zimmern waren Tafeln angeschlagen, die den Preis angaben. Als im Januar Landrat von Brüning mit seiner Familie in das Hospiz zog, verlangte Fräulein E. von Engert, daß er die Preistafeln entferne und höhere Preise ansetze. Er erwiderte, daß schon die Höchstpreise angegeben seien. Darauf entgegnete Fräulein E.: „Sie haben zu tun, was ich Ihnen sage!" Später bemerkte Engert in den Geschäftsbüchern eine Fälschung. Eine Frau v. W. hatte ein Schuldkonto bei dem Vereine. Mit Hilfe des Fräulein E. bekam sie das Kontobuch in die Hände und fälschte nun mit Wissen Fräulein E.'s die Schuldsumme in einen niedrigeren Betrag. Als Engert über diesen Punkt Schweigen beobachten sollte, erklärte er, daß er sich nicht zum Mitschuldigen eines Betruges machen lasse und brachte die Angelegenheit vor den Staatsanwalt, der die Bücher beschlagnahmte. Die Untersuchung darüber schwebte z. Z. noch. Am 28. März hatte Engert Fräulein E. angeblich eine Lügnerin genannt und sollte deshalb sofort das Hospiz verlassen. Er weigerte sich jedoch, weil er die Dame nicht als seine Vorgesetzte ansah. Abends erschienen dann mit einer von Herrn Stöcker geschriebenen Ausweisungsordre zwei Kriminalbeamte, die den Kläger aus dem Hause wiesen und ihm Bücher und Schlüssel abnahmen. Engert mußte Hut und Mantel zurücklassen und die Nacht als Obdachloser auf einer Bank zubringen. Der für den verreisten Herrn Hofprediger vor Gericht erschienene Vertreter des Vereins erhob gegen die Beschuldigungen des Klägers keine Einwendungen, und erkannte 28 Mark an. Wegen der Restforderung beschloß das Gericht, den Landrat von Brüning zu vernehmen.

Ein oberschlesischer Polizist als Dieb.

Ein Jahr Gefängnis verhängte die Strafkammer in Gleiwitz über den Polizeisergeanten Julius Schubert aus Zabrze. Schubert ist erst 25 Jahre alt und bezog 1200 Mk. Gehalt und 200 Mk. Wohnungsgeldzuschuß. Durch Spiel und ausschweifenden Lebenswandel ist er auf abschüssige Bahnen geraten und zum Diebe geworden. In den Jahren 1905 und 1906 stahl er verschiedene dem Amt Zabrze gehörige Gegenstände, Briefbogen und Kuverts mit dem Aufdruck „Amt Zabrze", Tischlerhandwerkszeug, ein Steckbriefregister, Paketadressen, sowie ein Zwanzigmark- und ein Dreimarkstück. Einem Kollegen stahl er Wäschestücke, eine Damenboa und ein Paar Hosen; in verschiedenen Gasthäusern stahl er einen Bieruntersatz, einen Zigarrenabschneider, Phonographenplatten, einen Gummiball und einen Würfelbecher, und doch, im Dienst war er „stramm".

Wegen Aussetzung eines todkranken Handwerksburschen verurteilte die Strafkammer in Weimar sieben Einwohner aus Textleben, darunter den Bürgermeister, zu fünf Monaten Gefängnis.

Klassenjustiz in Oesterreich.

Aus Suczawa (Bukowina) wird folgende ungeheuerliche Verurteilung gemeldet: Bei einer Demonstration der Handelsangestellten für die Neunuhrsperre wurde eine Scheibe eingeschlagen. Ein bekannter Sozialistenfresser trat als Zeuge dafür auf, daß Genosse Häupter die Scheibe zerbrochen habe. Bei der Hauptverhandlung wurde Genosse Häupter zu acht Monaten schweren Kerkers verurteilt. Acht Monate für eine Scheibe! Dafür ist das Suczawaer Kreisgericht wegen seiner Milde in — Wucherprozessen berühmt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. September.

Die Lohnbewegung der Bauanschläger

ist nunmehr als beendet anzusehen. Insgesamt haben dreiundvierzig Firmen, die etwa 80 Prozent der in Betracht kommenden Arbeiter beschäftigen, den Tarif unterzeichnet. Gestreikt haben nur bei der Firma Gebr. Bauer drei Mann zwei Tage lang. Erreicht ist durch den Tarif eine 8½ stündige Maximalarbeitszeit und einen Mindestlohn von 60 Pf. pro Stunde. Die Akkordlöhne sind auf das Genaueste geregelt worden und haben eine nicht unbeträchtliche Erhöhung erfahren. Auch zu entsprechender Arbeiterfürsorge auf Bauten haben sich die Unternehmer verpflichtet.

Eine am Dienstag Abend im Gewerkschaftshause stattgefundene Versammlung beschloß nach einem Referat von Philipp, die Bewegung für beendet zu erklären, und über die nachstehenden Unternehmer, die den Tarif bisher nicht unterzeichnet haben, die Sperre zu verhängen. Die Bauten, die von ihnen zurzeit gerade mit Anschlägerarbeiten versehen werden, sind mit aufgeführt:

1. Paul Müller, Tauentzienstraße 100. Neubau Klosterstraße 127.
2. Schlossermeister Thorinski, Brandenburgerstraße Nr. 18, Neubauten: Ecke Viktoria- und Schwerinstraße, ferner Gabitzstraße.
3. Schlossermeister Steinmann, Paulinenstraße 7.
4. Schlossermeister Josef Hauck, Gabitzstraße Nr. 56, Neubau Gabitzstraße 109.
5. Schlossermeister Franz Schmehl, Sonnenstraße 9.
6. Tischlermeister Schmidt, Nachodstraße 10.
7. Tischlermeister Nöldner, Paulinenstraße 12.

Bei den vorstehend bezeichneten Firmen darf Arbeit erst dann angenommen werden, wenn auch sie sich zur Leistung der Unterschrift des Tarifs bequemt haben werden.

Nach 14 jähriger treuer Dienstzeit wegen Krankheit entlassen.

Im Oktober 1892 trat bei dem Bank- und Wechselgeschäft von E. von Stein u. Komp. auf der Karlsstraße ein Kassendiener, der mit dem Inhaber einst die Schulbank gedrückt hatte, mit einem Monatsgehalt von 60 Mark in Stellung. Später wurde ein Wochenlohn vereinbart, der allmählich bis auf 25 Mk. gestiegen ist. Der Mann hat sich nun während der langen Dienstzeit ein Herzleiden zugezogen, so daß er zeitweise zwei bis drei Wochen das Bett hüten mußte. Während dieser Zeit besorgte seine Frau die Oeffnung, Vereinigung und Schließung der Geschäftsräume und dem Manne wurde für diese Zeit der Lohn immer weiter gezahlt. Schließlich ist ihm aber von seinem Arzt gesagt worden, daß er eine sitzende Stellung haben müßte, da er bei vielem Laufen stets sehr bald wieder aufs neue erkranken würde. Als der Mann dies der Firma mitteilte, wurde kurzer Hand ein neuer Kassendiener engagiert, ohne daß dem bisherigen auch nur die geringste Mitteilung gemacht wurde, ob man ihm kündige, oder ob man ihn in anderer Weise beschäftigen wolle. Als er dann später aber seinen Lohn verlangte, verhöhnte man ihn: auf wieviel Jahre er denn eigentlich noch Lohn haben wolle, oder, falls er stürbe, wie lange dann der Lohn an seine Frau noch weiter gezahlt werden solle. Der Mann verlangte an Lohn und Entschädigung insgesamt 250 Mark. Die Firma gab ihm 300 Mark mit dem Bemerken, daß er an sie keine Ansprüche habe, man gebe ihm die 300 Mark vielmehr als Geschenk für die vierzehnjährigen treuen Dienste. Wie großmütig! Nicht wahr?

Nun kann der im Dienste erkrankte Mann sehen, wo er ein ferneres Unterkommen findet. Es wird ihm dies infolge seines Körperzustandes nur schwer möglich sein. Wäre es dem reichen Geldinstitute nicht möglich gewesen, dem Manne, dessen Pflichttreue erprobt war, eine andere Stellung anzuweisen, die er auszufüllen vermocht hätte? Das hätte man sehr wohl gekonnt, aber wo hätte denn das Kapital jemals Rücksicht genommen auf einen ausgemergelten Arbeiter. Hat der Mohr seine Arbeit getan, dann kann er eben gehen. Ob er dabei mit den Seinen verhungert, danach fragen die sonst so frommen Herren nicht.

Ein prügelnder Unternehmer.

Ein schlagfertiger Herr scheint der Maurermeister Julius Münzer, hier, Bismarckstraße 21 wohnhaft, zu sein. Vor ungefähr drei Wochen bereits gab es am Sonnabend auf dem Neubau der königlichen Nervenklinik in der Auenstraße keinen Lohn, er wurde erst Montag gegen Mittag mit einer Wartezeit-Entschädigung von 1.50 Mk. ausgezahlt. Die nächste Woche gab es dann pünktlich Lohn, aber am darauffolgenden Sonnabend gab's wieder nichts. Einige Arbeiter erhielten eine kleine Abschlagszahlung. Anders ging es dem Bauarbeiter Paul Siegemund. Er hatte nichts bekommen, da er aber erfuhr, daß an mehrere etwas vom Lohn gezahlt worden war, machte er sich mit seiner Frau auf, um den Herrn Baumeister zu veranlassen, ihm für seine Familie auch etwas zu geben. Zunächst wurde ihm der Bescheid, der Herr Baumeister sei nicht da. Als S. nach einiger Zeit noch einmal die Klingel zog, um näheren Bescheid zu erfragen, stürzte Herr Münzer mit den Worten „was ist denn los" heraus und ein Stoß vor die Brust und ein blaues Auge war für Siegemund die Antwort, worauf Herr M. die Tür wieder eiligst verschloß, um gleich darauf, mit einem Besenstiel bewaffnet, abermals zu erscheinen, wobei er von seiner Mutter an weiteren Gewalttätigkeiten verhindert wurde. Siegemund klagte nun mit seinen zwei Kollegen Oskar Hoffmann und Otto Neugebauer wegen des rückständigen Lohnes und um Lohnentschädigung für Zeitversäumnis, da ihnen die Papiere erst am zweiten Tage ausgehändigt wurden. Das Innungs-Schiedsgericht verurteilte Münzer am Dienstag dem Antrage der Kläger gemäß.

Der Saalkampf in Klettendorf.

Der vorige Sonntag stand unter dem Zeichen des Manöverlebens. So kam es auch, daß der Saal von Hänsel sehr stark von Soldaten besucht war. Die Mädchen sind nun einmal dem zweierlei Tuch sehr zugetan, und daher war es auch nicht zu verwundern, daß die Lokalitäten gefüllt waren, und Herr Hänsel diesmal auf seine Rechnung kam. Vom Breslauer Publikum war nicht viel zu merken. Dieses erscheint hier seit einiger Zeit überhaupt nicht mehr so zahlreich, wie es im Hochsommer der Fall war.

Auch in Hartlieb war das Lokal von Berek von Soldaten stark besucht, wurden doch um 7½ Uhr 18 Soldaten, 8 Zivilisten und 80 Mädchen gezählt. Eine Zahl, die in diesem Sommer noch nie erreicht worden ist. Wir gönnen ihm das Vergnügen, wird es doch den hiesigen Genossen ein Ansporn sein, mehr als wie bisher ihre Pflicht zu verrichten, und dafür Sorge zu tragen, daß der Erfolg dieses Tages wieder ausgemerzt wird.

Vom „Volk", dem großen Lümmel.

Der „General-Anzeiger" tischt seinen Lesern folgende „niedliche Geschichte aus dem Straßenleben Breslaus während der Kaisertage" auf: Nach dem großen Zapfenstreich begleitete der Führer der fremdländischen Offiziere, ein Oberleutnant vom 50. Infanterie-Regiment, die ihm anvertrauten Herren nach ihrem Quartier in der „Goldenen Gans". In dichten Scharen folgten Schaulustige, denen es besonders Spaß zu machen schien, den kleinen, schmächtigen Japaner neben der Hünengestalt des russischen Militärattachees zu sehen. Immer zahlreicher wird die nachfolgende Menge, immer dichter drängt sie an die interessante Gruppe heran. Vergebens bemüht sich der Oberleutnant, das Publikum von seinen Schutzbefohlenen fernzuhalten, kein Schutzmann ist in der Nähe, kein Wagen zu sehen! Schon faßt eine Hand nach der Säbeltasche des bescheiden einherschreitenden Japaners. Da kommt dem Leutnant ein rettender Gedanke; mit scharfem Kommandoton ruft er in die Menge: „Lassen Sie doch die Herren in Ruhe, rufen Sie lieber Hurra!" Kaum ist das erlösende Wort gefallen, so ertönt aus Hunderten von Kehlen ein nicht endenwollendes Hurra, die Begeisterung bricht durch und wie im Triumphzuge begleitet die Menge die kleine Schar unter brausendem Jubel in ihr Absteigequartier.

Das sind gewiß „General-Anzeiger"-Leser gewesen, ihre ganze Geistesverfassung verrät dies. Sie waren neugierig, als ob man in Breslau nicht alle Tage große Russen und kleine Japaner sehen könnte. Sie waren auch unparteiisch, denn sie liebten den Russen und den Japaner in gleichem Maße. Ihr albernes Benehmen machte ihnen auch Spaß, genau so wie es dem „General-Anzeiger" Vergnügen macht, alberne Dinge der Welt zu erzählen; was uns aber am meisten darin bestärkt, daß es sich um „General-Anzeiger"-Leser handelte, ist der Umstand, daß bei ihnen ein natürliches Bedürfnis zum Hurraschreien nicht vorhanden war, daß sie es aber auf Kommando sofort willig taten. Wahrhaftig, unser „Volk" wird durch die Presse, die es immer noch liest, „wohl erzogen". Es ist beinahe noch derselbe große Lümmel, als der es vom Dichter schon vor sechzig Jahren geschildert wurde, aber allmählig kommen die männlichen Eigenschaften doch immer mehr zum Durchbruch. Allzuviele Leute sind denn doch schon jetzt nicht mehr bei jeder Gelegenheit dabei, sich als große Lümmel zu zeigen, so sehr auch die „Erziehung" einer gewissen Presse darauf hinausläuft.

* **Der Geheime Medizinalrat Dr. Hermann Cohn,** Professor an der hiesigen Universität, der es verstanden hat, namentlich in früheren Jahren, viel von sich reden zu machen, ohne daß seinen Leistungen die eminent hohe Bedeutung beizulegen wäre, die er und seine Freunde ihnen gern verliehen hätten, ist am Montag gestorben. Wir behalten uns vor, eine kritische Würdigung der Lebensarbeit des Verstorbenen aus sachkundiger Feder demnächst noch zu bringen.

* **Die neue Gasanstalt in Dürrgoy.** Die Arbeiten auf dem gewaltigen Bauterrain im Südosten unserer Stadt sind jetzt so weit gediehen, daß die Inbetriebsetzung des Werkes, nach der „Bresl. Morgenztg.", zum 1. Dezember zu erwarten ist. Das rechts vom Haupteingang stehende Verwaltungsgebäude ist bereits unter Dach gebracht, es enthält im Parterre die Bureauräume, während die oberen Geschosse dem Betriebsinspektor als Wohnung dienen werden. Als letztes der vorgesehenen Bauten wurde dicht neben dem genannten Gebäude ein „Arbeiter-Fürsorgehaus" errichtet, in dem ein geräumiger Saal zur Einnahme der Speisen, welche die Frauen an die Arbeitsstelle bringen, sich befindet, während in den oberen Stockwerken reichliche Badegelegenheit geschaffen werden wird. Die Kesselanlagen sind vollständig fertiggestellt und bereits zwei Kessel im Betrieb, welche den nötigen Dampf zum Betriebe der zwei zum Rangieren verwendeten Lokomotiven ohne Feuerungsanlage liefern. Der Dampf wird hierbei den Lokomotiven durch unterirdische Röhren zugeleitet, die Füllung der Lokomotiven mit neuem Dampf muß alle vier Stunden erfolgen. Der Kohlenlagerplatz, auf welchem die Kohle [illegible] abgeladen wird, faßt 3000 bis 4000 Waggon Kohle zu je [illegible]

Zentner. Um diesen großen Platz zieht sich in seiner ganzen Ausdehnung eine vier Meter hohe Hochbahn mit elektrischem Betriebe, welche es ermöglicht, Kohlen in Loren nach jedem Ort des Lagerplatzes zu schaffen. Die gleiche Hochbahnanlage wird auch bei dem kleineren Kokslagerplatze errichtet. Zum Wiegen des Koks sind in dem dicht am Hauptthore gelegenen Wiegehause zwei Wagen montiert worden, die jede 300 Zentner ziehen, die bedeutend größere Eisenbahnwage ist bis auf die Eichung fertiggestellt. Zu dem Hauptstrang der Gasleitung nach der Stadt, welche sich durch die Schön- und Hubenstraße zieht, sind vier Meter lange Röhren von 1.20 Meter Durchmesser und 70 Zentner Gewicht verwendet worden, der Nebenstrang mit bedeutend kleineren Röhren zieht sich durch die Ohlauer-Chaussee. Auf dem Teile des Bauterrains hinter der Kantine längs der Zobtener Bahnstrecke, wo keine Hochbauten aufgeführt werden, ist durch die städtische Gartenbauverwaltung eine schöne gärtnerische Anlage geschaffen worden. Von den beiden Gasometern ist einer vollendet, während an dem fertigen Ausbau des anderen mit Hochdruck gearbeitet wird. Zur Inbetriebnahme fertig ist auch die Wasserleitung nebst dem Wasserturm, sowie die elektrische Lichtanlage mit ihren 40. über den ganzen Platz verteilten Bogenlampen. Die Zahl der gegenwärtig am Bau beschäftigten Arbeiter beträgt über 600.

* **Gewerkschaftskartell.** Donnerstag, den 13. d. M., Abends 8 Uhr, findet im großen Saale die Fortsetzung der am 7. d. Mts. abgebrochenen Debatte über das Thema: „Partei und Gewerkschaften" statt. Nicht nur die Gewerkschafts-Vorsitzenden sind zu dieser Kartell-Sitzung eingeladen, sondern die Gesamt-Vorstände sämtlicher Breslauer Gewerkschaften, also auch die Kassierer, Schriftführer, Beisitzer, Bibliothekare ꝛc. Die Vorsitzenden der einzelnen Gewerkschaften müssen dafür sorgen, daß das den einzelnen Vorstandsmitgliedern mitgeteilt wird. Schriftliche Einladungen erfolgen nicht. Wir bitten pünktlich zu erscheinen. Gäste haben wie immer Zutritt. Zum Eintritt legitimiert das Mitgliedsbuch der betr. Gewerkschaft.

Der Kartellvorstand.

* **Friedhofsvergrößerung.** Der im Herbst 1892 in Gebrauch genommene Friedhof der Salvatorgemeinde am Ende der Lohestraße ist bereits soweit belegt, daß von der 18 Morgen großen Fläche nur noch ein kleiner Teil zur Verfügung steht. Es ist deshalb eine 26 Morgen große Ackerfläche hinzugekauft worden, die an der südlichen Seite des Friedhofs gelegen ist und sich für Friedhofszwecke hervorragend eignen soll. Die Hälfte der neuen Fläche soll alsbald für die Benutzung vorbereitet werden, und zwar soll der neue Friedhof parkartig ausgestaltet werden, wie dies bei den in neuerer Zeit angelegten Begräbnisplätzen in Kosel, Pöpelwitz und Oswitz der Fall ist.

* **Unser Leitungswasser** besteht nach der letzten amtlichen Mitteilung zu drei Teilen aus Oderwasser und zu zwei Teilen aus Grundwasser. Der Manganoxydul- und Mangansulfatgehalt beträgt 0,2 Milligramm bezw. 0,4 Milligramm auf das Liter.

* **Die Frequenz des städtischen Arbeitsnachweises** im Monat August betrug: Männer: Angebotene Arbeitskräfte 1015, zu besetzende Stellen 851, besetzte Stellen 621. Stellung fanden: 591 ungelernte Arbeiter (einschließlich Burschen, Haushälter, Kutscher), 30 Handwerker. Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 328, zu besetzende Stellen 815, besetzte Stellen 499. Stellung fanden: 342 Arbeits-, Wasch- und Scheuerfrauen, 129 Bedienungen, 23 Dienst- und Kindermädchen, 4 Näherinnen, 1 Plätterin. Im städtischen Arbeitsnachweise wird jedes Dienst- und Arbeitsverhältnis für männliche und weibliche Personen kosten- und gebührenfrei nachgewiesen.

* **Der Herbsttopfmarkt** findet zur Zeit auf dem Lessingplatze statt und dauert bis Freitag Abend.

* **Unbemittelte Lungenkranke,** die die Tageserholungsstätte im Oswitzer Walde aufsuchen, werden nun von seiten der städtischen Straßenbahn insofern einer Vergünstigung teilhaftig werden, als künftig Wochenkarten für täglich zwei Fahrten zum Preise von 50 Pfennigen ausgegeben werden. Diese Fahrtvergünstigung wird von der städtischen Straßenbahn allen unbemittelten Lungenkranken gewährt, welche von Vereinen nach Walderholungsstätten entsandt werden, und gilt nur für die tägliche Hinfahrt nach und Rückfahrt von der Erholungsstätte.

* **Stadt-Theater.** Sonnabend, den 15. September, wird das Stadt-Theater mit Shakespeares „Othello" eröffnet. Sonntag, den 10. beginnt die Opernspielzeit mit einer Aufführung von Richard Wagners romantischer Oper „Tannhäuser". Am 17. folgt Lortzings romantische Oper „Der Waffenschmied", am 18. zum Gedächtnis an den hundertsten Geburtstag Heinrich Laube's „Graf Essex".

* **Lobe-Theater.** Heute Mittwoch geht Vagh's Lustspiel-Cyclus „Nimbus" in Szene. Beschäftigt sind darin die Damen Mayer, Kittler, Marder-Stegemann, Kliemchen und die Herren Bos, Eenins, Müller, Lion, Wallauer, Marlitt, Durra. Morgen Donnerstag wird Oskar Wildes Lustspiel „Eine triviale Komödie für ernsthafte Leute" wiederholt. Freitag gelangt Haddon Chambers Lustspiel „Die Tyrannei der Tränen" zur Darstellung. Am Sonnabend findet die Premiere von Louis Actus vieraktigem Lustspiel „Spatzenliebe" statt. Das Werk wird zurzeit im Lustspielhause in Berlin gegeben.

* **Volksvorstellungen im Thalia-Theater.** Als erste Vorstellung für Gruppe B geht Freitag Henrik Ibsens Schauspiel „Gespenster" in Szene. An der Abendkasse Billetverkauf. — Die Ausgabe der Billets für die neuen Gruppen A und B erfolgt täglich von 10 bis 2 Uhr in der Rendantur des Stadt-Theaters. Auch in der Expedition der „Volkswacht" sind Billets zu haben.

* **Unfall an einem Neubau.** Am 7. d. Mts. fiel von einem Neubau am Ringe ein Ziegel herab und einem 9 Jahre alten Knaben auf den Kopf. Das Kind, das eine Gehirnerschütterung erlitten hatte, fand im St. Josephskrankenhaus Aufnahme.

* **Brand.** In einer Wohnung Viktoriastraße 85 fand ein Gardinenbrand statt, welcher vor Ankunft der Feuerwehr gelöscht war.

* **Ein Zwanzigmarkstück irrtümlich in Zahlung erhalten** hat in der Nacht zum 7. d. Mts. ein Neudorfstraße 72 wohnender Droschkenkutscher.

* **Die Diebeszunft hat gute Geschäfte gemacht.** Die Zahl der Anzeigen über Taschendiebstähle, die in dem Gedränge während der Kaisertage verübt worden sind, nimmt täglich zu. Die Diebe haben oft größere Summen und wertvolle Taschenuhren erbeutet. — So kommt es, wenn man Maulaffen feil hält, anstatt auf sich selbst Obacht zu geben.

* **Ueberfahren** wurde am 10. d. M. auf der Neue Schweidnitzerstraße ein Photograph durch eine Omnibusdroschke. Er trug eine schwere Verletzung des linken Beines davon, sodaß er im Krankenhause der Barmherzigen Brüder untergebracht werden mußte.

* **Scheu gewordene Pferde.** Am 10. d. M. wurden zwei vor einen Händlerwagen gespannte Pferde scheu und rasten von der Lothringerstraße über die Kaiser Wilhelmstraße bis zur Augustastraße, wo das Gespann durch Sturz des einen Pferdes zum Stehen kam. Unglücksfälle kamen nicht vor.

* **Vermißt** werden seit dem 5. d. M. der 52 Jahre alte Arbeiter Franz Müller, Schulgasse 5, seit dem 3. d. Mts. der 33 Jahre alte Arbeiter Paul Langner, Schulgasse 14c.

* **Feuer zwischen Ringbuden.** Am 11. d. M., Morgens, gerieten zwischen zwei Buden am Ringe Haufen mit Strohseil in Brand. Das Feuer wurde durch die Feuerwehr bald gelöscht.

* **In das Polizeigefängnis** wurden am 10. d. M. 27 Personen eingeliefert.

* **Gefunden** wurden eine Handtasche, ein Rucksack, ein Kindermantel, ein Damenjackett und eine Stahluhr.

* **Abhanden kamen** ein silbernes Armband und eine Medaille.

[illegible]

* **Gestohlen** wurden einem Restaurateur auf der Bärenstraße aus der Ladenkasse 150 Mk., vermutlich von dem 15 Jahre alten Haushälter Paul Neuburg, der flüchtig ist; ferner in der Nacht zum 10. d. M. aus einem Wurstgeschäft auf der Hummerei mittels Einbruch Wurstwaren, sowie Schinken im Werte von 50 Mk.; aus einer Wohnung auf der Kaiser Wilhelmstraße Kleidungsstücke.

* **Festgenommen** wurde ein Mann, der sich unter dem Titel eines Rechtsanwalts in einem Hotel einlogiert und Zechprellereien verübt hatte.

* **Gestohlen** wurde während der Kaisertage einem Herrn auf der Berliner Chaussee eine goldene Herrenuhr Nr. 190582, Reparaturnummer J. P. 21944, mit goldener Kette.

Aus Schlesien und Posen.

Christen und Katholiken.

Ein liebliches Bild christlicher Nächstenliebe, wie sie zwischen „Christen" und „Katholiken" geübt wird, liefert der nachstehende Artikel, den wir wörtlich der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" des Herrn Giesberts entnehmen. Giesberts schreibt:

„Wehe, wenn sie losgelassen ... und man hat sie losgelassen, die sogenannten „Arbeitersekretäre" — Berliner Observanz — auf die katholische Arbeiterschaft Schlesiens. In einer längeren Zeitschrift aus Oppeln wird wieder geklagt:

„Nach längeren Mühen ist es gelungen, in Oppeln eine Zahlstelle der christlichen Gewerkschaften zu gründen. Derselben sind auch eine Anzahl Mitglieder des katholischen Gesellenvereins beigetreten. Am 14. August sollte eine erweiterte Mitgliederversammlung der Zahlstelle stattfinden, wozu durch hektographische Zirkulare eingeladen wurde. Am selben Tage prankte am schwarzen Brett des Gesellenhauses ein Ukas, wie folgt:

Es ist den Herrn Geistlichen zu Ohren gekommen, daß heute eine Zahlstelle der christlichen Gewerkschaften gegründet werden soll, bei der sich auch Mitglieder des Gesellenvereins beteiligen wollen. Die Herren sehen darin ein Dagegenarbeiten der von ihnen vertretenen Arbeiterinteressen und rate ich entschieden von einem Beitritt zur Gewerkschaft ab. Es erzeugt auf jeden Fall böses Blut, und werden die Herren, die sich der Sache angenommen, dies auch zu hören bekommen.

Im Auftrage des Herrn Präses G. Till, Senior.

Hierdurch hatte man erreicht, daß eine größere Anzahl Kollegen fern blieben. Zur festgesetzten Stunde des Versammlungsbeginns erschienen unter den eingeladenen „unorganisierten christlich gesinnten Arbeitern und Gesellen aller Berufe die „Arbeitersekretäre" Bull-Breslau, Scholz-Gleiwitz, Latta-Ratibor und ca. 15—20 Fachabteilungsanhänger, an der Spitze der geistliche Beirat des Gesellenvereins. Die Fachabteiler wollten das Bureau an sich reißen, prallten aber ab. Der geistliche Beirat bat ums Wort zu einer Erklärung und erklärte:

Er komme heute im Auftrage des Herrn Pfarrers, um zu erklären, daß man christliche Gewerkschaften in Oppeln nicht wünsche. Man habe sich gefreut, daß in Oppeln der unglückselige Streit noch nicht hineingekommen sei. Auf einmal habe Herr Gloger diesen Streit durch die Gründung einer christlichen Gewerkschaft gebracht. Oppeln sei katholisch und da brauche man keine christlichen Gewerkschaften. Er wolle und könne nicht sagen, daß dieselben nicht gut seien, Rom (der Papst) habe gesprochen und die christlichen Gewerkschaften für gut befunden. (Murren des Herrn Bull-Breslau.) Danach müssen wir uns fügen. Es sei auch vielleicht gut, wenn sich die Mitglieder des Gesellenvereins den christlichen Gewerkschaften anschließen. Um aber die Einigkeit im katholischen Lager zu erhalten, ist es doch besser, die christlichen Gewerkschaften halten sich von Oppeln fern.

Bedauerlich sei, daß Mitglieder des Gesellenvereins sich an die Spitze dieser Sache hier gestellt. (Bull-Breslau: Diese müssen aus dem Verein heraus.) Den katholischen Fachabteilungen wirft man die Zersplitterung vor, in Schlesien hätten nur die christlichen Gewerkschaften den Unfrieden gestiftet. (Die Mitglieder des Gesellenvereins bat er zum Schluß noch auszutreten.)

Es wurde dem Redner erwidert, was zu erwidern war. Während dessen machte sich Bull-Breslau mit Zwischenrufen, wie „frecher Kerl" bemerkbar. Er knurrte und schimpfte mit den anderen Sekretären bis zum Schluß und dann, als der christliche Gewerkschaftssekretär Gloger sich zum Verlassen des Lokales anschickte, faßte ihn „Arbeitersekretär" Latta-Ratibor am Kragen und versuchte ihn mit den Worten: „Raus mit dem verfluchten Lump" aus dem Lokal zu schubsen. Die „Sekretäre" sind losgelassen und wüten gleich Geisteskranken, die der Zwangsjacke entlaufen sind. Nur der Irrenarzt scheint hier helfen zu können. Indes, so schädlich sie momentan unter der Arbeiterschaft wirken, auf die Dauer werden Narren eine gesunde Bewegung nicht aufzuhalten vermögen. Die christlichen Gewerkschaften marschieren!"

Wer ist nun christlicher, der katholischer Arbeitersekretär, der seinen Glaubensbruder beim Kragen nimmt und „verfluchter Lump" tituliert oder Giesberts, der seine Glaubensbrüder als Geisteskranke bezeichnet, die der Zwangsjacke entlaufen sind?

Das sollte Bülow sich hinter die Ohren schreiben.

Ueber die Ostmarkenpolitik des Fürsten Bülow äußert sich der freikonservative Prof. Delbrück in seinen „Preußischen Jahrbüchern" sehr abfällig. Er ist der Meinung, daß die jetzige preußische Ostmarkenpolitik den „reißenden Niedergang des Deutschtums" in den Ostmarken bewirkt habe, und er sieht keinen Grund, „der uns zu der Hoffnung berechtigte, daß bei der einfachen Fortsetzung der jetzigen Politik dieser Niedergang zum Stillstand kommen oder sich gar in ein Fortschreiten des Deutschtums wandeln könnte." „Das weiß ich" — schreibt Professor Delbrück — „und kann es bezeugen, daß, wenn der Herr Reichskanzler sich einmal herbeiließe, eine Enquete-Kommission aus deutschen Bewohnern der Ostmarken oder sonstigen Kennern von zweisprachigen Ländern zusammenzuberufen, in der die Meinungen ohne Furcht vor dem nationalen Terrorismus geäußert werden könnten, das jetzige System ganz gewiß nicht allgemeine Zustimmung finden würde."

Verleumdung der russisch-polnischen Revolutionäre.

Die unter dieser Spitzmarke gebrachte Notiz in Nr. 211 ist um folgendes zu ergänzen: Wie uns aus Oberschlesien mitgeteilt wird, werden die bürgerlichen Blätter mit den Berichten von der „revolutionären" Bewegung in Russisch-Polen besonders von dem sogenannten Oberschlesischen Korrespondenz-Bureau von Grabow beglückt. Bereits sämtliche oberschlesische Blätter werden von diesem Bureau bedient, weshalb auch der Wortlaut überall übereinstimmend ist. Es ist aber wohl nicht uninteressant, gleichzeitig zu bemerken, daß der durch die Russenauslieferungen bezw. durch die Uebergebung von politischen Flüchtlingen an die zarische Regierung bekannte preußische Polizeirat Mädler intim mit Herrn Grabow verkehrt. Verschiedene unserer oberschlesischen Parteigenossen haben diese zwei Personen schon zusammen gesehen. Oder sollte Herr Grabow wirklich alle diese zuverlässigen Reporter in Sosnowice, Czenstochau, Bendzin u. s. w. haben?

Oberschlesische Kohlenpreise.

Bei der in Kattowitz am Sonnabend stattgehabten Sitzung der Oberschlesischen Kohlenkonvention ist der Beschluß gefaßt worden, die für Oesterreich geltenden Preise für oberschlesische Industriekohle, die dort durch drei Jahre um 50 Pfennige billiger war als im Revier, mit den bei uns geltenden Preisen gleichzustellen. Begründet werde diese Erhöhung mit der günstigen Konjunktur in der österreichischen Industrie und den gesteigerten Arbeitslöhnen in Oesterreich.

Nun werden also auch unsere Verbündeten in Oesterreich erfahren, was es bedeutet, von den oberschlesischen Kohlenmagnaten geschröpft zu werden.

Brieg, 11. September. Der Kampf um die Säle. Unsere von den Spießern so gepriesene Militärstadt ist am letzten Sonntage ohne Soldaten gewesen. Außer dem Kommando sind nur noch einige Reservisten hier, die vom Manöver zurückgeschickt worden sind. Dieser Sonntag war für die Saalbesitzer ein recht fraglicher. Wie wird sich die Arbeiterschaft jetzt verhalten? So dachte ein jeder Wirt und schließlich waren die Wirte der Ansicht, daß die Arbeiter es mit dem Boykott nicht so genau nehmen und doch massenhaft in die Säle kommen werden, wozu auch das kühle Wetter den Wirten günstig erschien. Aber die Wirte hatten sich in dieser Ansicht getäuscht. Die Arbeiterschaft blieb den boykottierten Sälen, wie es sich gehört, gänzlich fern. Was in den Sälen an männlichem Besuch war, waren alles meist junge Burschen vom Dorfe oder Lehrlinge und zu diesen gehörende nichtorganisierte Arbeiter, die von einem Arbeiterkampf keine richtige Ansicht haben. So war für diesen Sonntag in 4 Sälen Tanzmusik angekündigt, in der „Kaiserhalle" und im „Weinberge" ein Kränzchen bei 50 Pfg. Eintritt. Das Resultat war in allen vier Sälen für uns günstig und zwar prangten im „Goldenen Anker" an allen Fenstern Plakate, welche die Tanzmusik anzeigten. Leider fanden sich aber nur vier Jungfrauen zum Tanze ein. Die Männer und was doch immer die Hauptsache ist, die Musik fehlten gänzlich; infolgedessen mußte die Tanzmusik ausfallen. Im „Deutschen Haus", wo seit 4 Wochen die erste Tanzmusik wieder stattfand, war der Besuch ein recht schwacher, es sind im ganzen an 100 Personen anwesend gewesen, darunter 60 Mädchen, 5 Soldaten. Getanzt haben 4 bis 16 Paare. In der „Kaiserhalle" kam der Besuch bis auf 90 Personen, darunter 70 Mädchen; getanzt haben 20 bis 25 Paare, meist Mädchen zusammen. Hier haben wir noch beobachtet und gar Abends um ½10 Uhr, daß vor dem Lokal auf dem Bürgersteige eine große Menge junger Burschen und Mädchen standen, die in den Saal hineinsahen, so daß jeder, der dort vorbeiwollte, auf die Straße gehen mußte, aber auch auf der Straße selbst haben 3 bis 4 Paare junger Mädchen getanzt. Im „Goldenen Krug" kam der Besuch bis auf 100 Personen, darunter 50 Mädchen, 25 Soldaten; getanzt haben 2 bis 18 Paare, meist Mädchen zusammen. Im Weinberg ist der Besuch höchstens bis auf 90 Personen gekommen, darunter 60 Mädchen, 5 Soldaten; getanzt haben 4 bis 18 Paare. Schon die Aussicht allein auf den schwachen Besuch veranlaßte den Wirt, den Eintritt von 50 auf 25 Pfg. herabzusetzen. Aber auch hier war bis 7 Uhr keine Musik, man ließ einfach den Automaten spielen und der Wirt suchte Musikanten, die er auch schließlich fand. Doch waren es bloß 2 Mann, und da sie nun die Raußreißer machen sollten, verlangten sie pro Mann 9 Mark. Ob der Wirt auf seine Kosten kam? Na, es ist ja nicht unsere Sache, darnach zu fragen. So wird es nun alle Sonntage aussehen und die Soldaten werden daran nichts ändern. In Anbetracht der kühlen Tage nun, wo es doch nicht mehr geht, so viel nach auswärts zu gehen, wird man voraussichtlich Mittel finden, wo die Arbeiter werden hingehen können. Daher ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, jetzt auf dem Posten zu sein.

Sorgau, 10. September. In einer gutbesuchten Volksversammlung im „Helm" referierte am Sonntag Genosse Albert-Breslau über die Bedeutung der Politik für die Arbeiter. Seine fesselnden Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Einige anwesende Gegner von der schwarzen Fakultät fanden nicht den Mut, in der Diskussion das Wort zu nehmen, sodaß sich diese im Sinne des Referats bewegte. Unter anderem wurden die Genossen von Altwasser und Umgegend ersucht, den Gasthof zur „Krone" zu berücksichtigen, da dem Gastwirt seitens der Polizei viele Hindernisse in den Weg gelegt werden. Nachdem der Referent in seinem Schlußwort die Anwesenden nochmals zum Abonnieren und fleißigen Lesen der „Volkswacht" angefeuert hatte, nahm die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie ihr Ende.

Neustadt, 11. September. Ueber die neuen Reichssteuern referierte in einer stark besuchten Versammlung Genosse Schütz-Breslau. Dem Redner wurde lebhafter Beifall gezollt. Genosse Recker forderte zum Schluß auf, in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen einzutreten und auf die Arbeiterpresse zu abonnieren.

Neustadt, 11. September. Es hat geholfen. Jedoch nicht der zu Hilfe gerufene Pfarrer, sondern das im letzten Augenblick und angesichts unserer Kritik bekundete Solidaritätsgefühl der Parteigenossen und einsichtigen Arbeiter hat es am Freitag vermocht, den Vorsitzenden des Aufsichtsrats im Konsumverein hinauszuwählen und zu den von diesem als „verkappte Rote" denunzierten beiden noch einen „echten Roten" — den Genossen Kuhnert — hineinzuwählen. Ein Bravo den Parteigenossen!

Bromberg, 12. September. In der letzten Wahlvereinsversammlung war der Mannheimer Parteitag nochmals Gegenstand der Beratung. In der dem einleitenden Referat des Vorsitzenden folgenden Diskussion wurde unter anderem auch gewünscht, dem Parteitage einen Antrag zu unterbreiten, nach welchem für die Provinz Posen eine eigene Parteizeitung herausgegeben werden soll. Ein dementsprechend gestellter Antrag fand denn auch die Zustimmung der Versammlung. Als Delegierte zum Parteitag wählte die Versammlung die Genossin Rosa Luxemburg einstimmig. Die Anregung der im August abgehaltenen Versammlung, einen gemeinsamen Delegierten für die Provinz Posen nach Mannheim zu entsenden, fand bei den Wahlvereinen der Provinz außer dem Rawitscher, keine Zustimmung.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Bei der starken Besetzung der Bahnzüge während der Kaisertage in Breslau sind in einzelnen Waggons Diebstähle verübt worden. Einer Frau aus **Brieg** wurden am Freitag 60 Mk. gestohlen. Sie war während der Fahrt unwohl geworden und Mitreisende hatten sich ihrer angenommen. Die teilnahmsvollen Menschen waren aber die Diebe, welche ihr das Geld zu entwenden wußten und mit dem Raube leider entkamen. — Zwei galizische Burschen stahlen einem dritten mitreisenden Galizier das Portemonnaie mit 36 Mk. Inhalt. Die Diebe wurden verhaftet. — Großfeuer vernichtete in **Grünberg** i. Schl. fünf aus Fachwerk erbaute Wohnhäuser. Elf Familien sind obdachlos. — In **Zabrze** sah die Ehefrau des Hausbesitzers Wladacz ihre drei Kinder im Alter von 3, 5 und 7 Jahren plötzlich ohnmächtig zusammenbrechen. Eines von ihnen starb gleich darauf unter gräßlichen Schmerzen. Der hinzugerufene Arzt stellte fest, daß sich die Kinder durch Genuß von Stechäpfeln vergiftet haben. Es besteht wenig Hoffnung, die beiden noch lebenden Kinder zu retten. — Am Sonnabend Nachmittag brannten in **Swinkow** bei Krotoschin eine Scheune und ein Stall eines Wirtes nieder. Der Brand ist durch Kinder, die mit Streichhölzern spielten, entstanden. Der Schaden ist durch die Feuerversicherung gedeckt. — In **Kirschdorf** (Prov. Posen) wurden der Gutsstellmacher und sein Sohn vom Blitz getötet. — Auf dem Bahnhofe in **Schneidemühl** stießen Freitag zwei Rangierzüge zusammen, wobei mehrere Wagen entgleisten. Ein mit Schweinen beladener Wagen wurde umgelegt und es wurden drei Schweine getötet. Personen sind nicht verletzt

eine Verschärfung eintreten. — Die Fahrkartensteuer sollte ohne Beachtung des Preises der einzelnen Karten mit festen Beträgen von der Wagenklasse erhoben werden, und zwar für Fahrkarten der 1. Klasse 40 Pf. pro Karte, 2. Klasse 20 Pf., 3. Klasse 10 Pf., 4. Klasse 5 Pf. Von Schiffskarten sollten 10 und 20 Pf. erhoben werden. — Die Sätze der Automobilsteuer lauteten: Für Krafträder 10 Mk. pro Jahr, Kraftwagen bis 2 Sitzplätze 100 Mk., über 2 Sitzplätze 150 Mk. Für ein Kraftvehikel bis 4 Pferdekräfte sollte noch von jeder Pferdekraft extra 2 Mk. gezahlt werden, bei mehr als 4 Pferdekräfte pro Pferdekraft 5 Mk. Die Sätze für Ausländer gleichen denen im angenommenen Gesetz. — Die von der Regierung geforderte Quittungssteuer fiel, neu geschaffen wurde die Tantiemesteuer. Namentliche Abstimmungen fanden über die Fahrkarten- und Tantiemesteuer statt, bei der ersteren über den § 2, der die Steuersätze enthält. Er wurde mit 150 gegen 118 Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen; die Tantiemesteuer mit 250 gegen 18 Stimmen.

c) Erbschaftssteuergesetz.

Die räumlichen Grenzen, die dem schriftlichen Bericht gesteckt sind, nötigen uns, nur die allerwichtigsten Angaben zu machen. Die Steuer beträgt nach dem Gesetz:

1. vier vom Hundert: für leibliche Eltern; für voll- und halbbürtige Geschwister und für Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern;
2. sechs vom Hundert: für Großeltern und entferntere Voreltern, Schwieger- und Stiefeltern, Schwieger- und Stiefkinder; für Abkömmlinge zweiten Grades von Geschwistern; für uneheliche, von dem Vater anerkannte Kinder und deren Abkömmlinge; für an Kindesstatt angenommene Personen und deren Abkömmlinge, soweit sich auf diese die Wirkungen der Annahme an Kindesstatt erstrecken;
3. acht vom Hundert: für Geschwister der Eltern; für Verschwägerte im zweiten Grade der Seitenlinie;
4. zehn vom Hundert in den übrigen Fällen.

Die Erbschaftssteuer ist auch progressiv. Uebersteigt der Wert der Erbschaft 20 000 Mk., so wird der $1^1/_{10}$fache Betrag der angeführten Steuersätze erhoben; übersteigt der Wert 30 000 Mk. der $1^2/_{10}$fache Betrag, übersteigt er 50 000 Mk. der $1^3/_{10}$fache Betrag, über 75 000 Mk. der $1^5/_{10}$fache Betrag, über 100 000 Mk. der $1^7/_{10}$fache Betrag usw. bis zum $2^5/_{10}$fachen Betrag bei einem Wert von 1 Million und mehr. Befreit von der Steuer sind Erbschaften unter 500 Mk., die Erbschaften der Kinder, der unehelichen Kinder aus dem Vermögen der Mutter oder mütterlicher Voreltern, der Ehegatten, der Personen, die zum Erblasse in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis gestanden haben, sofern der Betrag 3000 Mk. nicht übersteigt, ferner sind auch die Familienstiftungen zufallenden Erbschaften von der Steuer befreit. Die Vermächtnisse an Kirchen, kirchliche Gesellschaften und Stiftungen werden nur mit fünf vom Hundert besteuert.

Mit dieser von der Steuerkommission vorgeschlagenen Gestaltung der Erbschaftssteuer konnte sich die Fraktion nicht zufrieden geben. Unser Redner erklärte namens der Fraktion folgendes:

„Wir beantragen, in die Steuer hineinzunehmen die Deszendenten und die Ehegatten. — Zweitens beantragen wir eine volle Gleichstellung in der Besteuerung zwischen unehelichen Kindern, Stiefkindern und im unmündigen Alter adoptierten Kindern und ehelichen Kindern, indem wir alle die ersteren Kinder nur mit 2 Proz. statt, wie die Vorlage will, mit 6 Proz. besteuern wollen. — Ferner beantragen wir die steuermäßige Gleichstellung der Schwiegerkinder mit den Geschwistern. — Viertens beantragen wir, daß für Erbschaften der Geschwisterkinder 6 Proz. Steuern zu zahlen sind statt 4 Proz. nach der Kommissionsvorlage. — Dann beantragen wir, sämtliche Intestaterben über die hier aufgezählten Kategorien hinaus, die insgesamt vielleicht mit der einen oder anderen Ausnahme unter die drei ersten Ordnungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs fallen, welcher Art sie auch seien, mit 16 Proz. zu besteuern. — Sechstens beantragen wir, alle Legatäre, welcher Art sie auch seien, über die aufgezählten Verwandten, die bei Intestaterbschaften geringere Steuer zu bezahlen haben, mit 10 Proz. gleichmäßig zu besteuern. Und dann beantragen wir im zweiten Absatz höhere Zuschlagsätze für die größeren Erbsummen, als wie die Kommissionsvorlage sie vorsieht, eine Staffelung, die statt bis nur 2½ Proz. bis zu 3 Proz. geht. Weiter beantragen wir noch die Befreiung von der Erbschaftssteuer bei einem Erwerb von nicht mehr als 3000 Mk. und, wo es sich um Dienstboten oder Arbeiter des Erblassers handelt, bei einem Erwerb von unter 3000 Mk."

Gemäß dieser Erklärung brachte die Fraktion diesen Antrag ein:

„Die Erbschaftssteuer beträgt:

1. zwei vom Hundert: für Ehegatten, Kinder, Stiefkinder, uneheliche Kinder und im unmündigen Alter adoptierte Kinder;
2. vier vom Hundert: für leibliche Eltern, Stiefeltern, Schwiegerkinder, voll- und halbbürtige Geschwister;
3. sechs vom Hundert: für Großeltern und entferntere Voreltern, Schwiegereltern, Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern;
4. acht vom Hundert: für Geschwister der Eltern;
5. zehn vom Hundert: für testamentarisch bedachte Personen, die nicht unter Nummer 1 bis 4 fallen, sowie für Körperschaften;
6. sechzehn vom Hundert: für nicht unter 1 bis 4 aufgeführte Intestaterben.

Uebersteigt der Wert des Erwerbs den Betrag von 20 000 Mk., so wird vom Ueberschuß

zwischen	20 000	Mk. und	40 000	Mk.	das	$1^1/_4$fache
"	40 000	" "	80 000	"	"	$1^1/_2$ "
"	80 000	" "	160 000	"	"	$1^3/_4$ "
"	160 000	" "	240 000	"	"	2 "
"	240 000	" "	600 000	"	"	$2^1/_4$ "
"	600 000	" "	1 000 000	"	"	$2^1/_2$ "
"	1 000 000	" "	2 000 000	"	"	$2^3/_4$ "
über	2 000 000	"			"	3 "

der Steuersätze erhoben.

Von der Erbschaftssteuer befreit bleiben: ein Erwerb von nicht mehr als 2000 Mk.; ein Erwerb von nicht mehr als 3000 Mk., welcher Personen zufällt, die in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zum Erblasser gestanden haben."

Der Uebersichtlichkeit halber müssen wir auch die Sätze angeben, die in der Regierungsvorlage enthalten waren. Sie lauteten:

1. vier vom Hundert: für leibliche Eltern, Schwieger- und Stiefkinder, voll- und halbbürtige Geschwister, uneheliche, von dem Vater anerkannte Kinder und deren Abkömmlinge, für an Kindesstatt angenommene Kinder und deren Abkömmlinge;
2. sechs vom Hundert: für Großeltern und entferntere Voreltern, Schwieger- und Stiefeltern, Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern;

Die Wirkung der Brausteuererhöhung ist so eingetreten, wie die Sozialdemokratie vorausgesagt hat: die Brauereien haben den Bierpreis erhöht, ihnen nach die Gastwirte, und die Konsumenten bezahlen die Zeche, wofür sie in zwei Jahren bei der Reichstagswahl der Reichstagsmehrheit und der Regierung hoffentlich die verdiente Quittung ausstellen werden.

b) Zigarettensteuer-Gesetz.

Der Eingangszoll beträgt für feingeschnittenen Tabak und Zigaretten 700 Mk. für einen Doppelzentner.

Außer den Abgaben von dem Tabak unterliegen der im Inlande geschnittene Zigarettentabak und die im Inlande hergestellten Zigaretten sowie die ungefüllt zum Verkaufe gelangenden Zigarettenhülsen (Hülsen und Blättchen) einer besonderen Steuer, die beträgt:

1. Für Zigaretten: a) im Kleinverkaufspreise bis zu 15 Mk. das Tausend 1,50 Mk. für 1000 Stück; b) über 15 bis 25 Mk. das Tausend 2,50 Mk. für 1000 Stück; c) über 25 bis 35 Mk. das Tausend 3,50 Mk. für 1000 Stück; d) über 35 bis 50 Mk. das Tausend 5 Mk. für 1000 Stück; e) über 50 bis 70 Mk. das Tausend 7 Mk. für 1000 Stück, f) über 70 Mk. das Tausend 10 Mk. für 1000 Stück.
2. Für Zigarettentabak: a) im Kleinverkaufspreise über 3 bis 5 Mk. das Kilogramm 0,80 Mk. für ein Kilogramm; b) über 5 bis 10 Mk. das Kilogramm 1,60 Mk. für ein Kilogramm; c) über 10 bis 20 Mk. das Kilogramm 3 Mk. für ein Kilogramm; d) über 20 bis 30 Mk. das Kilogramm 4,80 Mk. für ein Kilogramm; e) über 30 Mk. das Kilogramm 7 Mk. für ein Kilogramm.
3. Für Zigarettenhülsen und zugeschnittene Zigarettenblättchen 2 Mk. für 1000 Stück.

Der gleichen Besteuerung unterliegen (neben dem festgesetzten Eingangszoll) auch die aus dem Auslande eingeführten Erzeugnisse. Als Zigarettentabak im Sinne dieses Gesetzes gilt aller feingeschnittene Tabak, der im Kleinverkaufe mehr als 3 Mk. das Kilogramm kostet. Ausgenommen sind diejenigen vom Bundesrate zu bezeichnenden feingeschnittenen Tabake der angegebenen Art, die zur Herstellung von Zigaretten nachweislich nicht verwendet werden. Der Bundesrat ist ermächtigt, Tabakerzeugnisse von der Art und Form der Zigarette, bei denen das Papierdeckblatt fehlt oder durch eine andere Decke ersetzt ist, der gleichen Steuer zu unterwerfen.

In namentlicher Abstimmung wurden diese Steuersätze mit 180 gegen 112 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, angenommen. — Der Regierungsentwurf hatte für Zigaretten einen Zoll von 1200 Mk. pro Doppelzentner vorgesehen, sowie folgende Art der Besteuerung:

Das zur Herstellung von Zigaretten bestimmte Papier (Zigarettenpapier) unterliegt einer Steuer (Zigarettensteuer) und zwar gleichviel, ob das Papier zur gewerbsmäßigen oder zur nichtgewerbsmäßigen Herstellung von Zigaretten verwendet werden soll. Unversteuertes Papier darf zur Herstellung von Zigaretten nicht verwendet werden. Von dem aus dem Ausland eingeführten Zigarettenpapier und den eingeführten Zigarettenhülsen wird die Steuer neben dem Zolle erhoben. Der Bundesrat ist befugt, Zigarettenumhüllungen, die als Ersatz für das Zigarettenpapier anzusehen sind, ebenfalls der Zigarettensteuer zu unterwerfen. Die Steuer beträgt für jede zur Herstellung von tausend Zigaretten mittlerer Größe erforderliche oder für die genannte Zahl und Größe von Zigaretten zugeschnittene oder in Hülsenform gebrachte Papiermenge 3 Mk. Die einer Zigarette mittlerer Größe entsprechende Papierfläche bestimmt der Bundesrat. Der Bundesrat ist ferner

Beim Quartalswechsel zum Abonnement empfohlen.

Die Neue Zeit
Unter ständiger Mitarbeiterschaft von A. Bebel, Fr. Mehring, Paul Lafargue u. A. redigiert von Karl Kautsky
* Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie *
Preis pro Quartal Mk. 3,25, des einzelnen Heftes 25 Pfennig.

Die Gleichheit
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen
Redigiert von Klara Zetkin
Preis p. Quart. 55 Pf. ohne Bestellgeld, der einzelnen Nummer 10 Pf.

Der Wahre Jacob
Erscheint alle 14 Tage nebst einem Unterhaltungsblatt
Redigiert von B. Heymann
Preis pro Quartal 65 Pf., der einzelnen Nummer 10 Pf.

den übrigen Steuergesetzen ihre Zustimmung versagen, weil sie teils eine indirekte Besteuerung darstellen oder in hohem Maße verkehrs- und handelsfeindlich sind, wie z. B. die Grundstücks-, Automobil- und Frachturkundensteuer. Die Opposition hat bei der ganzen Steuerkampagne mit großer Energie gegen die Belastungen der Minimalen durch die unzulängliche Besitzsteuer, hier dem auch gegen die Zigarettensteuer, wie gegen die Kohlensteuer gestimmt, hier die Zigarettensteuer und Brauereisteuer gestimmt. Sie hat bestimmt, vom Handel und Verkehr die neuen Steuerlasten abzuwälzen, die aber an den kaufkraftschwachen Massen haften bleiben, durch eine zweckmäßige Gestaltung der Erbschaftssteuer die Mittel zu beschaffen und gerechterweise mehr Besitzende zu fordern. Im übrigen ist der Opposition die Wichtigkeit dieses Gesetzes, wie mit der gesamten Sozialpolitik, vor Augen. Der Sozialdemokratie entwächst deshalb dadurch die Aufgabe, vorwärtstreibend das Gebiet der Sozialpolitik im Reichsparlament zu behandeln und gesetzlich mehr Besitzerleichtung zu fordern. Im übrigen ist der Opposition die Wichtigkeit dieses Gesetzes für eine gesunde Finanzreform zu erkennen und endlich den Weg gerecht zu belasten. Die Majorität hat alles aufgeboten, die neuen Steuergesetzlungen wenigstens gerecht zu verteilen, da an ihre Ablehnung bei der heutigen Reichstagsmehrheit nicht zu denken war. Hinfort. Die Ordnungsparteien haben in dem Berg alter Sünden neue Schuld. In zwei Jahren hat das Volk Gelegenheit, Abrechnung zu halten! möge sie gründlich ausfallen.

*

Wir sind mit unserem Bericht zu Ende. Es drängt uns aber, zum Schluß zu sagen, daß der vorliegende Gesetzesabschnitt für die Arbeiterklasse auch nicht einen Bestandteil auf sozialpolitischem Gebiet gebracht hat, daß aber die Neubelastungen, die in Verbindung mit dem Solltarif vom Jahre 1902 und den Handelsverträgen, die in der vorgegangenen Session abgeschlossen worden sind, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter folgenschwer beeinflussen werden. Nur sachlich beschäftigt sich die bürgerliche Sozialpolitik mit dem Kampfe, wie denn auch gegen die Zigarettensteuer und Brauereisteuer gestimmt, wie denn auch gegen die Kohlensteuer. Die Opposition hat bei der ganzen Steuerkampagne mit großer Energie gegen die Belastungen der Minimalen durch die anfänglich drohende Steuer. Die Opposition hat bei der ganzen Steuerkampagne mit großer Energie gegen die Belastungen der Minimalen durch die anfänglich drohende Kohlensteuer gestimmt, wie denn auch gegen die Zigarettensteuer und Brauereisteuer gestimmt. Sie hat bestimmt, vom Handel und Verkehr die neuen Steuerlasten abzuwälzen, die aber an den kaufkraftschwachen Massen haften bleiben, durch eine zweckmäßige Gestaltung der Erbschaftssteuer die Mittel zu beschaffen und gerechterweise mehr Besitzende zu fordern. Im übrigen ist der Opposition die Wichtigkeit dieses Gesetzes, wie mit der gesamten Sozialpolitik, vor Augen. Der Sozialdemokratie erwächst deshalb dadurch die Aufgabe, vorwärtstreibend das Gebiet der Sozialpolitik im Reichsparlament zu behandeln und gesetzlich mehr Besitzerleichtung zu fordern. Im übrigen ist der Opposition die Wichtigkeit dieses Gesetzes, wie mit der gesamten Sozialpolitik, vor Augen. Der Sozialdemokratie erwächst deshalb dadurch die Aufgabe, vorwärtstreibend das Gebiet der Sozialpolitik im Reichsparlament zu behandeln und gesetzlich mehr Besitzerleichtung zu fordern. Im übrigen ist der Opposition die Wichtigkeit dieses Gesetzes für eine gesunde Finanzreform zu erkennen und endlich den Weg gerecht zu belasten. Die Majorität hat alles aufgeboten, die neuen Steuergesetzlungen wenigstens gerecht zu verteilen, da an ihre Ablehnung bei der heutigen Reichstagsmehrheit nicht zu denken war. Hinfort. Die Ordnungsparteien haben in dem Berg alter Sünden neue Schuld. In zwei Jahren hat das Volk Gelegenheit, Abrechnung zu halten! möge sie gründlich ausfallen.

*

Wir sind mit unserem Bericht zu Ende. Es drängt uns aber, zum Schluß zu sagen, daß der vorliegende Gesetzesabschnitt für die Arbeiterklasse auch nicht einen Bestandteil auf sozialpolitischem Gebiet gebracht hat, daß aber die Neubelastungen, die in Verbindung mit dem Solltarif vom Jahre 1902 und den Handelsverträgen, die in der vorgegangenen Session abgeschlossen worden sind, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter folgenschwer beeinflussen werden. Nur sachlich beschäftigt sich die bürgerliche Sozialpolitik mit dem Kampfe, wie denn auch gegen die Zigarettensteuer und Brauereisteuer gestimmt, wie denn auch gegen die Kohlensteuer. Die Opposition hat bei der ganzen Steuerkampagne mit großer Energie gegen die Belastungen der Minimalen durch die anfänglich drohende Kohlensteuer gestimmt, wie denn auch gegen die Zigarettensteuer und Brauereisteuer gestimmt. Sie hat bestimmt, vom Handel und Verkehr die neuen Steuerlasten abzuwälzen, die aber an den kaufkraftschwachen Massen haften bleiben, durch eine zweckmäßige Gestaltung der Erbschaftssteuer die Mittel zu beschaffen und gerechterweise mehr Besitzende zu fordern. Im übrigen ist der Opposition die Wichtigkeit dieses Gesetzes, wie mit der gesamten Sozialpolitik, vor Augen. Der Sozialdemokratie erwächst deshalb dadurch die Aufgabe, vorwärtstreibend das Gebiet der Sozialpolitik im Reichsparlament zu behandeln und gesetzlich mehr Besitzerleichtung